einander. Du siehst nur Spaltung und Ohnmacht. Aber weißt Du, wer an diesem Zustand schuld ist?

Du bist schuldig, Du und alle Deine Klassengenossen. Denn ihr habt noch nicht begriffen, daß Eure Befreiung nicht die Angelegenheit von einzelnen Führern oder von einzelnen Organisationen ist, sondern daß sie nur die Angelegenheit der ganzen arbeitenden und ausgebeuteten Menschheit sein kann. Nicht von oben her, durch Parlamentarier, durch Gewerkschaftsinstanzen, durch Führercliquen wird der entscheidende Schritt getan werden.

Von unten her müssen wir Arbeiter die Front des Kampfes wieder aufbauen. Wir müssen dort beginnen, wo wir unsere Macht haben: In den Betrieben, an den Stempelstellen. Wir müssen es so beginnen, daß wir miteinander die Bestimmung und Führung aller praktischen Schritte des Kampfes in unseren Händen haben. Nicht neue Instanzen sollen geschaffen werden, nicht neue Instanzen entscheiden. Entscheiden müssen wir selbst.

Und darum können wir nichts tun, als uns auf dem Boden der wirklichen Selbstbestimmung der Klasse zusammenschließen.

Proletarische Selbstbestimmung, das ist ein Zusammenwirken aller Proletarier, ohne Rücksicht darauf, ob sie und wo sie sonst organisiert sind . . . .

Wir werden uns einig sein, wenn wir ungeachtet aller Organisationsgegensätze uns alle Arbeiter in eine Front stellen, in der wir selbst bestimmen. Das ist die einzige Möglichkeit, die eine wirkliche, eine grundlegende und radikale Aenderung unserer Lage herbeiführen kann . . .

Die Kampfgemeinschaft ist keine Organisation, wie es alle anderen Organisationen sind. Sie hat in ihren Reihen die Arbeiterdemokratie verwirklicht. Sie ist nicht nur in Worten, sondern in ihrer praktischen Arbeit überparteilich."

So! Demnach ist die Frage der organisatorischen Zerrissenheit der Arbeiterbewegung keine Folge ideologischer Gegensätze, sondern von völlig untergeordneter Bedeutung. Die „Roten Kämpfer" gehen da „überparteilich" zu Werke und breiten über die politischen Gegensätze einen buntscheckigen Mantel anarchistischer Phrasen. Das gestattet denen, die heute noch in der SPD sind, die faule Ausrede, ihre Zugehörigkeit zur SPD mit denselben Phrasen zu entschuldigen. Dazu kommt dann noch, daß sie angeblich immer noch auf den „historischen Augenblick" zu warten vorgeben. Weil sie vordem nicht mit ihrer grundsätzlichen Ansicht herausrücken wollen, damit sie vom Parteivorstand nicht hinausgeworfen werden, schweigen sie. Der KAPD gegenüber erklärten einige — von einer Praktion oder Opposition in Berlin kann keine Rede sein, wo ist die? — daß sie deswegen schweigen, auch in der SPD, damit der gewaltige Vormarsch und „Klärungsprozeß" nicht aufgehalten wird! So mußten wir letztenendes feststellen, daß es sich hier um Leute handelt, die auch ihren politischen Standpunkt, der doch nur aus der Entwicklung des Kapitalismus abgeleitet werden kann, für eine fraktionelle, streng vertrauliche Angelegenheit proklamieren. In einer solchen „Fraktion" mit der Politik in der Westentasche kann auch der zahmste SPD-Bürokrat sein. Wäre sie nicht vorhanden, müßte sie vom Parteivorstand geschaffen werden, damit einfältige Proleten, denen der Gestank zu sehr in die Nase steigt, dadurch in der SPD festgehalten werden, indem sie auf den „historischen Zeitpunkt" vertröstet werden. Wir sind der Meinung: **wer heute noch in der SPD ist und andere Proleten dort mit solchen Phrasen festhält, an dem ist Hopfen und Malz verloren!**

Wir müssen auch deswegen deutlich aussprechen, was ist, weil besagte „R.K." sehr empfindlich sind, wenn sie vor grundsätzliche Fragen gestellt werden und ihrem Zorn dann dahingehend Luft machen, daß sie auch unsere Genossen im In- und Ausland zu verwirren suchen. Weil wir nicht um Programm und Grundsätze handeln, werfen sie uns „Verknöcherung", „unhistorische Perspektive", Unduldsamkeit und „intrigantes Verhalten" vor. Auf diese demagogische Spekulation fielen sogar — wie der neueste „Spartakus" beweist — auch unsere Genossen in der Tschechei herein, wobei in diesem Zusammenhang vermerkt werden muß, daß die Genossen sich in Zukunft doch erst an die KAPD wenden möchten, ehe sie durch ihre öffentlich proklamierte „Sympathie" mit den „Roten Kämpfern" die Geschäfte des Parteivorstandes in Deutschland besorgen.

Wir sind der Meinung, daß trotz, vielmehr gerade wegen der ungeheuren Verwirrung in der Arbeiterklasse immer mit offenem Schild gekämpft werden muß. Deswegen ist ein falscher Standpunkt einer Organisation oder Fraktion weit weniger gefährlich, als die zweideutige Wichtigtuerei rosa schillernder Tintenfische.

Der Spaltpilz in der Kommunistischen Arbeiter-Union

Wir hatten von Anfang an keine Befürchtung, daß die Wünsche der treibenden Elemente, die die AAU in eine prinzipienlose Sekte zu verwandeln suchten, viel Glück damit haben werden, obgleich der organisatorische Erfolg, den diese Schädlinge anrichteten, nicht gering war. Nachdem nun aber die Probleme des Klassenkampfes wieder unabhängig von persönlicher Sympathie in den Mittelpunkt rückten, wirkt sich die Zersetzung in der neugebackenen „Kommunistischen Arbeiter-Union" rascher aus, als sich wohl viele der eifrigen und eifernden Väter der verkappten Einheiter träumen ließen. Es bewahrheitet sich nämlich nicht nur, daß alles Geschrei über „Parteiväter" und „Bevormundung" Geschwätz minderwertiger Gernegröße war, die unter der ideologischen Peitsche der verkappten Einheitsapostel kläfften, sondern daß diese Einpeitscher sich nun auch offen als das entpuppen, als was wir sie von vornherein anprangerten: **als politische Zylinderlaute übelster Sorte.**

Die Säulen der politisch „Beweglichen", die im Trüben zu fischen suchten, sprangen beizeiten ab. Ihre Kampfesweise war alles andere als proletarisch, aber es kann ihnen nicht abgesprochen werden, daß sie in ihrem Kampf gegen den „Luxemburgizismus" immerhin so etwas wie eine theoretische Position entwickelten, wenn auch heute noch deutlicher in Erscheinung tritt, daß ihre Antisodeskriseninthese jeden Tag als purer Blödsinn entlarvt wird. Sie sind, soweit wir unterrichtet sind, mit ihrem Antiluxemburgismus in der KPD gelandet. Das ist nicht weiter verwunderlich. Sie finden dort bestimmt bessere Bundesgenossen als wir es waren.

Der „Antiluxemburgizismus" hätte jedoch für sich keine Position gewonnen, die eine Spaltung ermöglicht hätte. Die Zylinderleute benützten erstere für ihre unsauberen Zwecke, und stellten sie dann kalt. Da die „Beweglichkeit" auch nach dieser „Reinigung" keine organisatorischen Erfolge zeitigte, jedoch die ganze „Stimmung" nach organisatorischen Erfolge drängte, mußte der organisatorische Opportunismus die letzten politischen Hemmungen beseitigen. Alle langen Begrüßungsschreiben mit der IWW nützten nichts, alle Konferenzen mit allen möglichen Splittergruppen blieben fruchtlos. Hallton torpedierte die ehemalige AAU in den Einheitsbrei, die einzige „Konzession", die sie eintauschte, war der Name: „Kommunistische Arbeiter-Union". Damit ist auch symbolisch ausgedrückt, daß der Charakter als Klassenorganisation preisgegeben wurde, natürlich so in der Hast des Geschäfts. Zu dieser schimpflichen Kapitulation liefern nun die Holländer die Theorie: Das ist die Gruppe, die an die Stelle der Partei tritt! Natürlich ohne Programm! Denn der programmatische Kernpunkt der marxistisch-revolutionären Arbeiterbewegung ist: **das Proletariat muß in der Epoche der proletarischen Revolution aus sich heraus die Formen der Klassenorganisation und -Aktion entwickeln, die ihm Eigeninitiative und mögliche Steigerung seiner Kampfkraft gewährleistet.** Gerade weil die KAPD an dieser Erkenntnis unbeirrt festhält, lehnt sie den Unsinn ab, daß die Union eine zweite Partei sein könne, wie die „KAU" es praktisch ist, nur uneingestanden. Wäre die Logik dort zu Hause, **müßte sich diese KAU selbst ablösen, ihres Parteicharakters wegen!**

Von den eingefleischten „Einheitlern" erwartet dies kein vernünftiger Mensch. Dort ist die politische Impotenz und Selbstgenügsamkeit bis zum ausgesprochensten Kohlrabiaposteltum ausgewachsen.

In der heutigen Zeit der katastrophalen Zuspitzung der sozialen und politischen Gegensätze bleibt jedoch wenig Begleghelfer für politische Taschenspielerkunststückchen, als Mittel zum Zweck; denn dadurch werden alle lichtscheuen Elemente angezogen wie die Fledermäuse von der Dämmerung. Und nur so ist es zu erklären, daß jener ewige Student Schieschke, der so viel Krokodilstränen um die böse KAPD vergoß, den Hauptausschuß der „KAU" an sich reißen konnte, um für seine stinkenden persönlichen Geschäfte den nötigen Rückhalt zu finden. Sein Kompagnon ist ein gewisser Proudhommeaux in Paris, ein übelberüchtigter Hochstapler, der zu gleicher Zeit die „Menschheit" herausgibt, das Blatt einer Sorte von „Pazifisten", deren Korruptheit in der ganzen Welt herumstinkt. Mit diesem Gauner Proudhommeaux zusammen, den die KAPD sofort durchschaute und abschüttelte, wollte Schieschke von Frankreich aus die „Leiten", und mit dem „Unterschrift" seiner unkontrollierbaren Geschäfte, dummdreist wie er zu den „Proletarier" — **das Organ der Partei!** — herausgeben und solcherweise durch Fernunterricht die KAU geistig ernähren.

Die Mitglieder der KAU, d. h. diejenigen, die mit uns der Meinung sind, daß nur grundsätzliche Klarheit in allen Fragen eine möglichst weitgehendste Sicherung gegen Opportunismus und Abenteurertum ist, haben da nun einen schönen Saustall auszumisten. Sie werden sich jedoch ernsthaft überlegen müssen, was weiter werden soll. Es geht nicht an, die Partei zu „bejahen", praktisch jedoch durch organisatorische Bindung mit Parteiverneinern die KAPD zu bekämpfen! Es ist die Frage aufzuwerfen: **Welche Folgen hatte die Lösung des Kampfbündnisses mit der KAPD. Es muß ausgesprochen werden: Die Lösung des Kampfbündnisses mit der KAPD war der Anfang der Zersetzung und der endlichen Katastrophe der AAU! Die nächstliegendste Frage ist: Ist auf Grund der Politik der KAPD in den Jahren nach der Trennung bis heute ein Kampfbündnis möglich, wenn ja, ist es notwendig?!** Wir beneiden diejenigen nicht um den traurigen Mut, die diese Möglichkeit und Notwendigkeit verneinen.

Natürlich kann die KAPD kein Kampfbündnis mit einer Organisation eingehen, die wohl nicht die Richtigkeit der Politik der KAPD verneint, aber — „aus Prinzip" (da wird einem schon schlecht, wenn man an so einen Quatsch denkt) — die KAPD selbst. Einen verhängnisvollen Irrtum gilt es zu revidieren und wir hoffen, daß nicht alle Genossen der heutigen „KAU" so innerlich verlogen und verlottert sind, daß sie nicht mehr die Kraft dazu finden.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: E. Hackbarth, Berlin-Lichtenberg. — Druck: Druckerei für Arbeiterliteratur Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Str. 79.

Das Reich Stalins des Ersten

Der Schutz des bäuerlichen Privateigentums

Zur Verhinderung einer zwangsmäßigen Kollektivisierung des Viehs ist der folgende Beschluß herabgelangt:

„Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei stellt in einer Entschließung vom 26. März fest, daß in einer Reihe von Gebieten die Vergemeinschaftlichung der Kühe und des Kleinviehs bei einzelnen Kollektivmitgliedern zwangsmäßig durchgeführt wird und wiederholte Anweisungen des Zentralkomitees der Partei wie auch die Statuten des landwirtschaftlichen Artels dadurch in gröbster Weise verletzt werden. Das Zentralkomitee betont mit aller Entschiedenheit, daß nur die Feinde der Kollektivwirtschaft die Zwangskollektivisierung der Kühe und des Kleinviehs bei einzelnen Kollektivmitgliedern zulassen können. Es erklärt, daß die Praxis der Zwangsentnahme der Kühe und des Kleinviehs bei den Kollektivmitgliedern mit der Politik der Partei nichts gemein habe und daß die Aufgabe der Partei darin bestehe, jedem Kollektivmitglied seine Kuh, sein Kleinvieh und Geflügel zu sichern. Die Erweiterung und weitere Entwicklung der Kolchosfarmen dürfe nur mittels Aufzüchtung des Jungviehs und Ankauf von Vieh durch die Farmen erfolgen.

Das Zentralkomitee schreibt deshalb allen Partei-, Sowjet- und Kolchosorganisationen vor, alle Versuche einer Zwangskollektivisierung der Kühe und des Kleinviehs bei den Kollektivmitgliedern zu vereiteln und die Schuldigen an der Verletzung dieser Direktive aus der Partei auszuschließen; ferner sollen diese Organisationen denjenigen Kollektivmitgliedern, die keine Kuh oder Kleinvieh besitzen, beim Ankauf und der Aufzüchtung des Jungviehs für die persönliche Nutznießung Hilfe und Beistand angedeihen lassen."

Der Handel der Kolchosen.

Da man trotz aller Bemühungen die Kollektiv-Kulaken nicht daran hindern konnte, einen riesigen Teil ihrer Produkte im Schleichhandel zu verkaufen, hat sich die Regierung entschlossen, gemäß dem Leninschen Grundsatz, daß man sich gegen den Teufel mit der Großmutter des Teufels verbinden muß, den **Handel mit Agrarprodukten überhaupt freizugeben,** also den Schleichhandel zu legalisieren und zwar unter der Marke „Sowjethandel". Darüber melden die russischen Blätter:

„Die Beschlüsse des Rates der Volkskommissare und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei über den Getreide- und Viehhandel der Kollektiv-Bauern sind jetzt einem vom Zentral-Exekutiv-Komitee und Volkskommissarenrat der UdSSR erlassenen Gesetz zugrunde gelegt worden, in dem die Handelstätigkeit der Bauern in einem für sie außerordentlich günstigen Sinne geregelt wird.

Das Gesetz, datiert vom 20. Mai d. J., streicht alle Steuern und Abgaben aus dem Handel der Kollektivwirtschaften, Kolchos-Mitglieder und werktätigen Einzelbauern mit eigenen Agrarerzeugnissen — Brot, Fleisch, Geflügel, Eier, Milchprodukte, Gemüse, Obst usw. — auf Märkten, Plätzen, Eisenbahnstationen, Schiffsanegestellten usw.

Die Einkünfte der Kolchosen und Kolchos-Mitglieder vom Verkauf ihrer Agrarerzeugnisse auf dem Markt werden nicht von der Landwirtschaftssteuer betroffen, und auch die Einkünfte der Einzelbauern aus dem freien Verkauf ihrer Produkte sollen nicht höher als mit 30 Prozent besteuert werden. Ebenfalls wird der Kolchosbandel mit einer nur 3prozentigen Umsatzsteuer belastet.

Die von Kolchos-Vereinigungen eröffneten Läden und Stände genießen dieselben Steuervergünstigungen, wie die Konsumgenossenschaften.

Von größter Bedeutung ist Art. 9 des Gesetzes, in dem es heißt, daß die Kolchosen, Kolchos-Mitglieder und Einzelwirtschaften zu Preisen handeln dürfen, **wie sie sich auf dem freien-Markt bilden,** während die Kolchos-Vereinigungen ihre Preise auf dem Niveau der durchschnittlichen kommerziellen Preise in den Staatsgeschäften halten müssen. Diese Bestimmung ist um so wichtiger, als bisher den Kolchosen erlaubt war, nur zu den niedrigen Preisen der Konsumgenossenschaften zu handeln."

Diese Maßnahmen bedeuten natürlich verstärkte Kapitalsakkumulation auf dem Lande, Einbau des Privatkapitalismus in den staatskapitalistischen Rahmen, gestärkte Macht des bäuerlichen Kapitals, Erhöhung der Preise und verschärfte Ausbeutung der städtischen Konsumenten. Der Mandarismus, die reine Beamtenherrschaft, kann sich nicht halten und macht dem Privatkapitalismus Platz. Die „Prawda" vom 6. Juni schreibt:

„Der Kolchoshandel als organischer Bestandteil des Sowjethandels wird sich mit der Zeit immer mehr entwickeln und auf lange Zeit berechnete Einrichtung.

Bisher wurde der Kolchoshandel sehr gehemmt durch die immer noch nicht überwundenen Methoden der bürokratischen Administration, die z. B. zum Ausdruck kommen in dem Versuche, feste Preise für den Kolchoshandel festzusetzen. Sowohl der Arbeiter wie auch der Kolchosbauer ist an einer stetigen Preissenkung interessiert, aber dieso kann nicht durchgeführt werden durch administrative Verfügungen, sondern nur durch die breiteste Entfaltung des Kolchoshandels."

Zu der kapitalistischen Praxis kommt also auch schon die manchester-liberale Theorie von der Senkung der Preise durch den Segen der freien Konkurrenz. Rußland ist jetzt nur mehr um 50 Jahre in der Entwicklung zurück.

Und die Außenpolitik.

Im Leitartikel der Moskauer Rundschau vom 3. April „Deutschland auf der Abrüstungskonferenz" heißt es:

„Die langerwartete Abrüstungskonferenz wurde endlich am 2. Februar 1932 eröffnet. Die französische Presse erwartete beunruhigt das Auftreten der deutschen Delegation, deren Position mit Grund nicht nur bei den französischen Journalisten, sondern auch bei den Politikern Besorgnis hervorrief. Allein schon die erste Programmrede des Reichskanzlers Brüning auf der Konferenz beruhigte die Franzosen durchaus. Seine Rede war in einem sehr gemäßigten Ton gehalten und enthielt nichts außer einem genügend theoretischen Hinweis auf das Gleichheitsprinzip, unter dessen Zeichen die künftige Konvention über die Rüstungsbeschränkungen gestaltet werden müsse. Um Frankreich noch mehr zu beruhigen, erläuterte die deutsche Delegation im weiteren Verlauf, daß diese Gleichheit durchaus nicht als mathematische Ausgleichung der deutschen und französischen Streitkräfte zu verstehen sei. Sie sei nicht so aufzufassen, daß die französische Armee bis zum Ausmaß der deutschen verkleinert oder die deutsche bis zum Ausmaß der französischen vergrößert werden soll. Nur das Prinzip der Gleichheit müsse anerkannt werden, wonach man sich praktisch über die Größe der Rüstungen einig werden könne und die deutsche Delegation versuche natürlich, daß von einer größenmäßigen Ausgleichung der deutschen Armee mit den Armeen anderer Länder keine Rede sein könne. Diese Position enthielt die Einladung an die Versaillesmächte und vor allem an Frankreich, mit Deutschland über diese oder jene Erleichterungen, die die Sieger von Versailles im Ergebnis der Konferenz Deutschland gewähren könnten, mit Deutschland in Handel zu treten. Statt eine politische Rechnung zu präsentieren, auf Grund der angeführten, von den Alliierten nicht erfüllten Verpflichtungen des Versailler Vertrags, erklärte sich Deutschland im voraus mit minimalen praktischen Zugeständnissen einverstanden und füllte alles dies in die Form äußerst bescheidener Wünsche.

Indem Deutschland auf seine selbständige Position in der Abrüstungsfrage verzichtete, hat es die französische Position ungeheuer verstärkt und seine Lage bei der allgemeinen Abrechnung mit den Mächten von Versailles sehr verschlechtert. Die Praxis der letzten Jahre hätte der deutschen Diplomatie die Unfruchtbarkeit ihrer „Erfüllungspolitik" zeigen müssen. Das bevorstehende zweite Stadium der Konferenz wird zeigen, inwiefern die Führer der deutschen Politik verstehen, daß die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation Frankreichs dieses immer mehr und mehr zu dem Versuch treiben muß, Deutschland vollkommen zu versklaven, und daß diesen Versuchen zu widerstehen, nicht mit Hilfe von Konzessionen, sondern nur durch eine bestimmte und prinzipielle Verteidigung der eigenen Positionen möglich ist."

Die politischen Führer der deutschen Bourgeoisie sind also dem Bolschewismus nicht national und imperialistisch genug! Man muß schon mit Augen haben, um den Unterschied zwischen Sowjetstern und Hakenkreuz überhaupt noch wahrnehmen zu können; er besteht höchstens darin, daß die Moskowiter hitlerischer als Hitler sind. Anstatt die deutschen und französischen Proletarier zum gemeinsamen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu rufen, hetzen die russischen Granatenlieferanten sie mit nationalistischen Phrasen zum gegenseitigen Abschlachten auf. —

Was ist zu tun?

Während die Rote Fahne den Parteirekruten von der „deutsch-französischen Einheitsfront" gegen das „Arbeitervaterland" vorschwärmelt, schreibt die Moskauer Rundschau im Leitartikel vom 12. Juni:

„Im Gegensatz zur ersten Regierung Herriot erwartet man jetzt keine Neuerung in bezug auf die Gestaltung der französisch-deutschen Beziehungen, die in diesem Augenblick überhaupt und insbesondere im Schatten, den die kommende KonferenSinz in Lausanne vorauswirft, vielleicht die wichtigste außenpolitische Frage darstellen, die im Zusammenhang mit dem Amtsantritt der neuen französischen Regierung zu erörtern wäre. Just von der Regierung Herriots wird Deutschland die stärksten Worte und die negativsten Gesten zu hören und zu spüren bekommen, die es je seit dem Zusammenbruch der Politik von Locarno zu hören und sehen bekam."

So sieht die geschlossene „Anti-Sowjetfront" aus. —

Durch die Herausgabe der Parole „Nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes" durch die systematische Aufstachelung der nationalistischen Instinkte und Verhetzung der deutschen Arbeiter gegen Frankreich, durch das demagogische Gebrüll zur Zerschmetterung der „Versailler Sklavenketten" und Vernichtung der „Zinsknechtschaft" hat sich die KPD selbst in die Front des neudeutschen Imperialismus **eingereiht** und mit Recht beschwört sich Hitler darüber, daß die „Kommunisten" ihm sein Programm **gestohlen** haben. Die Folge dieses Diebstahls war es, daß hundertausende „Kommunisten" bei der Stichwahl um den Präsidentenstuhl ihre Stimme **für Hitler abgegeben** haben. An der Tatsache, daß der Nahtzitler sich so freut, sind nachrechnen, im Moskauer Radio wurde diese Tatsache seinerzeit sofort gemeldet und daran die Bemerkung geknüpft, daß die Reinigungsaktion in der KPD notwendig sein wird. Aber aus dieser Reinigungsaktion wird nichts werden. Fest steht und treu die „Sowjet-Union" an der Seite der deutschen Bourgeoisie und wenn sich diese Bourgeoisie für Hitler und den offenen Faschismus entscheidet, wird der „Arbeiterstaat" mit ihr **verbündet bleiben,** wie er es auch mit dem faschistischen Italien, Litauen usw. verbündet ist. Im Falle eines Bürgerkrieges in Deutschland wird Rußland die deutsche **Bourgeoisie** und nicht **das Proletariat unterstützen,** wie es auch Kemal Pascha gegen die türkischen Arbeiter unterstützt hat, Tschiang-Kai-Schek gegen die chinesischen Kommunisten usw. **Proletarier! Heraus aus den getarnt-faschistischen und imperialistischen Parteien! Eigene proletarische Aktion von unten auf! Massenstreik gegen den Faschismus! Schärfster Militärsturm gegen die russische Führung! Schart euch um das Banner der revolutionären Linken! Es lebe die einzige proletarische Partei Deutschlands, die Kommunistische Arbeiter-Partei!**

---

13. Jahrg. Nr. 8

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum 7 8 7832.

Berlin, August 1932

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13

Bei Bezug unter Streifband für In- und Ausland 20 Pf. inkl. Porto. Erscheint vorläufig monatlich.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Ein neuer „Sieg"

Das Zeitalter der Demokratie birgt für den demokratisch eingebildeten Menschen unergründliche Geheimnisse. Nach aus siegreichen Schlachten nicht herausgekommen. Menschlichem Ermessen nach gibt es nichts mehr auf der Welt, was noch besiegt werden könnte. Ob es sich um blutig niedergeschlagene Aktionen des Proletariats, um abgewürgte Streiks, Lohnabzug, Steuerraub, Abbau der „sozialen Fürsorge" hangelte, immer war da ein Sieg, ein Sieg der Vernunft, oder ein „moralischer" Sieg, oder ein Sieg mit dem Stimmzettel, im schlimmsten Falle war es „siegreiche Abwehr". Dabei schleichen die „Sieger" dahin mit ausgemergelten Leibern, verhungerten Gesichtern, in zerschlissenen Lumpen. Ob ihre Zeitung erscheint, ob sie sich versammeln und ihren „Sieg" besprechen dürfen, bestimmt ihre Besiegten.

Nichts ist für eine Partei bequemer, aber nichts ist auch erbärmlicher, als sich von der „Stimmung" treiben zu lassen, diese „stimmungs"-taktisch" auszunützen für „Erfolge", wie diese sämtliche parlamentarischen Parteien, jede auf ihre Weise, tut. Wir haben da einiges nachzuholen, um ein annähernden Bild zu geben von der wirklichen Lage: nur so können wir zu positiven Schlußfolgerungen kommen. Noch ehe die Proleten Zeit haben sich von ihrem Sieg zu erholen, werden sie nämlich vor ungeheuerlichen Ueberraschungen stehen.

Wie war das doch immer mit den „Machtpositionen" der Sozialdemokratie? Das waren doch „Stützpunkte" für das „Hineinwachsen" in den Staat. Das verstanden viele „unlautere Elemente", viele „Abenteurer" nicht, die auch „ehrliche", aber „ungeschulte" Arbeiter aufhetzten gegen diese „erprobte Taktik". Der gesamte Apparat der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften stützte diese „einzig mögliche" Taktik der demokratischen Eroberung der Macht. Und alle Proletarier, die revolutionären Kampfes scheuen, griffen nach diesem „Sozialismus", dem einzigen „Kampf", der ihr spießbürgerliches Dasein nicht stört.

Die Augen verschließen vor den Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung, ändert jedoch an dieser Entwicklung nichts. Wenn ein Mensch erblindet, hört die Sonne nicht auf zu scheinen. Die kapitalistische Klasse kann ihren festgefahrenen Produktionsapparat nicht mehr ankurbeln, weil infolge des fehlenden Absatzes die Produktion nicht mehr profitbringend ist. Sie kann aber wiederum die Dinge nicht tatenlos treiben lassen. Sie kann als Nutznießer der kapitalistischen Ordnung die Lebensdauer dieser „Ordnung" nur dadurch verlängern, daß sie die Lebenshaltung der noch in der Produktion benötigten Arbeitssklaven auf das Niveau eines chinesischen Kulis herabdrückt, und die Ueberflüssigen „abstößt" auf den Friedhof. Die „Rationalisierung", die „Verbilligung" der Produktion als immer erneuten Ausweg im Kampf um Absatzmärkte, hat im Kapitalismus ihre Logik auch da wo sie bei den Partei- und Gewerkschaftsbonzen fehlt. Weil diese immer brutalere Unterdrückung und fortwährende Ausrottung immer größerer Teile der Arbeiterklasse zu einer Lebensfrage für die Bourgeoisie geworden ist, mobilisiert die Bourgeoisie alle Kräfte an Schießmöglichkeiten, Justizbarbarei, Lüge, Dummheit, sadistischen Instinkten und pläffischer Niederträchtigkeit. Dabei geht die „Demokratie" zum Teufel. Die Bourgeoisie ist von schlotternder Angst erfaßt, einer Angst, die sie vor keinem Mittel zurückschrecken läßt. **Die faschistische Partei ist der Ausdruck dieser Angst vor der Arbeiterklasse.** Alles was die Revolution fürchtet, vom Heringsbändiger bis zum Grafen, greift zum Messer, zum Gewehr. Wie wäre es sonst möglich, eine Partei von so verschiedenartigen sozialen Schichtungen zusammenzuhalten und einen ausgesprochenen Narren mit einem Maiskäferhirn, wie von Hitler, auf den Schild zu heben?

Die Herren Severing und Konsorten wußten sehr wohl, warum sie die Ohrfeigen und Arschtritte hinnahmen, sich aus ihren „Machtpositionen" werfen ließen wie ertappte Einbrecher, ohne von ihren „Machtpositionen" Gebrauch zu machen. Hätten sie es getan, hätten sie ihre „eiserne Front" aufgerufen, wäre diese vielleicht von der wirklich proletarischen Front, einmal in Bewegung gekommen, überrannt worden. Sie wissen, was sie sich — die Revolution zahlt keine Pensionen! — und ihren Hindenburg schuldig sind. **Sie wissen, warum sie hinausgeworfen wurden** und wissen, daß sie als treue Lakaien das nötige „Verständnis" für ihre Brotherren beweisen müssen, auch wenn ihr Heldentum gegenüber ihren Anhängern etwas ramponiert wird. Ein käuflicher Knecht scheißt auf Heldentum! Geradezu zum Speien ist die Niederträchtigkeit, wie diese Kreaturen sich noch nachträglich damit brüsten, wie kräftig sie zwischen hungernde Proletarier schießen ließen. Daß ihnen doch wahrhaftig niemand streitig machen kann, daß sie in dieser Beziehung „einiges geleistet!" haben.

Hier stoßen wir auf die Frage, warum die „Eiserne Front" nicht von sich aus sich aufbäumte; gerade deswegen, weil sie die Verlumpung ihrer Führer **nicht** durchschaute, weil sie hier **nur** den Uebermut und das Unrecht der Reaktion sah, und obendrein einen Angriff auf die „Demokratie", dem programmatischen Kernpunkt der „Eisernen". „Letzter Tropfen Blut", schwören sie immer, „soll ihr gehören, der Republik."

Ganz einfach! In den Köpfen dieser kleinbürgerlichen Vereine ist „Demokratie" gleich „Ordnung", Kampf, ohne die eine ist „Massen der Arbeiter in Gefahr", und die Arbeiter aufrufen für den Severing, da schüttelt selbst der eiserneste Demokrat mit dem Kopf. Die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften organisierten Arbeiter haben vor revolutionären Erschütterungen weit größere Angst als vor dem Belagerungszustand der kaiserlichen Generäle. **Die Firma revolutionären Aufstandes steht bei ihnen außerhalb jeder Diskussion, außerhalb ihrer Einstellung und ihrer Empfindungen.** In den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen ist die geschichtliche Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung erfaßt. Unfähig, dem Gang der Ereignisse zu folgen, stehen sie programmatisch auf einem Boden aus Papier. Diese Organisationen haben alle revolutionären Elemente ausgeschieden, sie sind antirevolutionär bis auf die Knochen, rückwärts gerichtet, flüchten aus Furcht vor der Wirklichkeit in Symbole, Phrasen, sind froh, wenn sie „kämpfen" dürfen nach den Bedingungen wie es ihre Ausbeuter erlauben. Diese erlauben den „Kampf" für die „Demokratie", mit dem Stimmzettel. Während dieses „Kampfes" beschließt die Regierer neue Notverordnungen vor, um nach dem „Siege" der Demokraten die letzten lästigen „demokratischen" Attrappen umzustoßen.

Die KPD macht diese Politik des Selbstbetruges tapfer mit. Sie hat sogar einen ungeheuren „Erfolg" errungen. Wir haben eingangs bereits angedeutet, worauf der Erfolg der faschistischen Partei beruht. Nach den Wahlen hat nun ein großes Rätselraten eingesetzt, ob eine faschistische oder antifaschistische Regierung kommt. Diese Frage, scheint uns, beantwortet sich insofern von selbst, als die Demokratie die beste Plattform sich ihrem eigenen faschistischen Regierung ist. Die KPD quatscht anfür eine faschistische Regierung keine faschistische?! Demnach dauernd, die Faschisten dürfen nicht an die „Macht". Demnach ist also die Papen-Regierung keine faschistische?! Demnach gehört die Bayerische Volkspartei, das Zentrum usw. zu den Antifaschisten? Das ist eine grobe Irreführung! **Gegen das Antifaschisten? Das ist eine grobe Irreführung! Gegen das Proletariat bilden alle** kapitalistischen Parteien **eine Front.** Was sie trennt, sind im letzten Grunde kapitalistisch-gegensätzliche Interessen. Der „Vorwärts" weist bereits den Weg, und alle kapitalistischen Parteien einschließlich der Papen-Regierung kommen zu demselben Resultat: **„Ermächtigungsgesetz"**, das ja 1923 schon einmal „verfassungsmäßig" in Geltung war. Im übrigen: Ist die Papen-Regierung nicht etwa „verfassungsmäßig?", obgleich sie keine „Mehrheit" hat? Hat der Reichstag Mandatsstärke nicht „demokratisch". Die kapitalistische Demokratie und Verfassung ist deswegen unverletzbar, wenn die „öffentliche Ruhe und Sicherheit" „gefährdet" ist. Ob diese „Gefahr" **jeden Fall** den „Ausnahmezustand" erlaubt, wenn die „öffentliche Ruhe und Sicherheit" „gefährdet" ist. Ob diese „Gefahr" besteht, bestimmen die Regierer selber, und die Regierer sind **immer** die Vertrauensmänner der einflußreichsten kapitalistischen Profitschinder!

„Neu" an dem parlamentarischen Wahlergebnis ist der Zuwachs von einem Dutzend KPD-Mandaten. Einigen hundert tausend Hitler-Trotteln oder Eisenfrontlern ist die Papen-Regierung oder das Heldentum der sozialdemokratischen Ministerlinge aufgestoßen. Die sind in ein paar Wochen „Kommunisten" geworden. Die KPD überschlägt sich völlig vor Lärm über diesen „Erfolg", und gerade dadurch hält sie auch die Arbeiter, die den Wahlschwindel und den demokratischen Affentanz zu durchschauen beginnen, in dem verderbenbringenden Kreislauf gefangen, der der kapitalistischen Klasse erlaubt, die Proletarier mit Rätselraten und „Aktionen" zu beschäftigen, zu dem Zweck: dem Proletariat den Weg zur Erkenntnis seiner wirklichen Aufgabe als Klasse zu verbauen. Die KPD tauscht dafür das legale Weitervegetieren ein. Die SPD braucht eingestandenermaßen noch einige Zeit „Opposition", um sich weiter zu „erholen". Alles ist in schönster Ordnung.

Nur die Arbeiterklasse wird weiter bluten, hungern und verhungern müssen, bis sie begreift, daß jeder der parlamentarischen Siege ein Meilenstein auf dem Wege in die Barbarei ist, daß sie diesem Schicksal nur entrinnen kann, und daß sie diesem Schicksal nur entrinnen kann, und den Betrugs- und Verwirrungsmanövern der Bourgeoisie und ihrer Parteien nur erfolgreich begegnen kann, wenn sie ihnen ihre eigene Klassenpolitik entgegenstellt. Das ist der antiparlamentarische Kampf, dessen Wucht in der Arbeitsverweigerung im Generalstreik liegt mit dem Willen, die bis ins Innerste zersetzte und verfaulte Gesellschaft und ihre „Ordnung" zum Zerbrechen zu bringen und durch die Diktatur der revolutionären Räte dem Kommunismus zum Triumph zu verhelfen.

Hintergründe der politischen Krise

Die Papierflut der Flugblätter mit dem Schlamm von Lügen, leeren Versprechungen und ekelhafter Selbstbeweihräucherung ist verebbt. Der Speichel der Wahlmacher hat aufgehört zu fließen. Der Veitstanz politischer Phrasen um die Wahlurne ist vorläufig zu Ende. Die Saturnalien sind verrauscht; still trottet das Stimmvieh unter gelassenem Geblöke in den Stall zurück.

Aber die Entscheidung, wie die Sozialdemokratie mit überschnappender Stimme schrie, hat der 31. Juli nicht gebracht. Es ist alles beim Alten geblieben. Nur die Diätenschlucker sind in anderer parteipolitischer Proportion gemixt worden. Keine der brennenden Fragen ist ihrer Lösung einen Schritt näher gekommen, und konnte es auch nicht, weil die Lösung außerhalb der untergehenden bürgerlichen Ordnung liegt.

Mit einer Kapazität von 83,2 Prozent haben die Räder der parlamentarischen Mühle geklappert und sich gedreht, ohne eine einzige Hand voll Mehl zu liefern. Die preußischen Junker, die Schlotbarone und der militärische Schmarotzer beherrschen nach wie vor die Stunde. Da steht nun der Wahlklüngel und ist betroffen, „das Volk wie katzenjämmerlich und gestern noch so schön besoffen". Nur die KPD taumelt noch siegestrunken vom Wahlfest in der Geschichte umher.

wächst auch die Masse der Empörung und der Wille zum Sturze der fluchbeladenen Privateigentumsordnung.

Als das Kabinett der Generäle und Barone sich auf die Regierungsstühle setzte, antwortete die Effekten-Börse mit einer Hausse. Das war die Spekulation auf eine neue Inflation. Mit dem Vorstoß der Reichsregierung am 20. Juli gegen Preußen vertiefte die Papenregierung die Krise. Das Echo der Börse war eine Baisse. Unter der Ueberschrift „Wirtschaft unter Druck der Politik" brachte die Frankfurter Zeitung einen Artikel, dem wir folgende Sätze entnehmen.

„Man hat das Gefühl, daß die Aera der Plötzlichkeiten wieder begonnen habe, mit aller ihr innewohnenden Experimentierfreudigkeit. So hat sich seit der Einsetzung des Reichskommissars für Preußen das Gefühl der Lähmung in der deutschen Wirtschaft verbreitet. Die Sorge hat sich verteilt, die Gefahr einer neuen Krisenverschärfung statt der erhofften allmählichen Lösung der schweren Komplikationen ist in den Bereich der Möglichkeiten zurückt. . . . die Börse verfiel bei langsam abbröckelnden Kursen einer völligen Lethargie. Es zeigt sich ein Maß von Geschäftslosigkeit, wie es, selbst in den schweren Jahren der Verzagtheit, niemals zu verzeichnen gewesen ist, eine völlige Interessenlosigkeit, die im Grunde nichts anderes ist als der Mangel an Orientierungsmöglichkeiten über das, was man in Deutschland von heute aller noch zu erwarten haben wird."

Der Auftakt des achtzehnten Brumaire hatte wohl den Krautjunkern und Schlotbaronen eine bessere politische Position verschafft, aber die Wirtschaft nicht aus der Estarrung befreit. Eine entscheidende Wendung in dieser Linie ist durch die Wahlen ebensowenig erfolgt.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die Regierung der nationalen Konzentration von Lausanne als Regierung der Erfüllungspolitik wiederkehrte. Das war auch das einzig positive. Denn Lausanne brachte die wachsende Isolierung des deutschen Kapitals vom Weltmarkt, außer dem russischen Markt. Dazu kommt, daß eine nach autarkischen Gesichtspunkten im Interesse der Junker durchgeführten Handels- und Zollpolitik zu wachsender Schrumpfung des Ausfuhrüberschusses führt. Die Millionenarbeitslosigkeit wird dadurch erhöht.

Hand in Hand mit einer Abschnürung vom Weltmarkt geht den Schwund des Binnenmarktes. Das Institut für Konjunkturforschung stellt in seinem neuesten Wochenbericht fest, daß „gegenwärtig die Arbeitslosigkeit in jedem Monat noch um 100 000 Mann wächst". Als Grund wird der „Rückgang der Massenkaufkraft in lebenswichtigen Gütern", „Die letzte Stütze der Wirtschaft", angegeben. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten betrug im Durchschnitt IV. Quartal 1929 17,4 Millionen gegen 12,7 Millionen im ersten Quartal 1932. Im Mai 1932 betrug die Ziffer der beschäftigten Industriearbeiter 42 Proz. der Arbeitsplatzkapazität gegen 54 Proz. im gleichen Monat des Vorjahres. Nach Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung betrug der Verlust an Arbeitseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten im ersten Semester 1932 gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1929 rund 8,6 Milliarden Mark.

Bei dem Rückgang des Außenhandels wirkt die Einengung der Kaufkraft durch Verminderung des Arbeitseinkommens für den Binnenmarkt besonders verheerend. Wenn der Arbeitseinkommenindex mäßig von 100 im Jahre 1928 auf 77,6 im Jahre 1931 gesunken ist, so fielen die Verkaufserlöse des Einzelhandels von 100 auf 80,1, der Landwirtschaft von 100 auf 68,8 und der Verbrauchswareninduktrie von 100 auf 80,6. Mengenmäßig war im Mai 1932 im Einzelhandel der Umsatz von Nahrungsmitteln um 7,3 Proz. und von Bekleidungswaren um 14,4 Proz. geringer als im Mai 1931.

Nicht anders sieht es in der Schwerindustrie aus. Von 155 vorhandenen Hochöfen waren 38 im Juni im Betrieb gegen 41 im Mai und 48 im Januar. Die Roheisenerzeugung stellte sich arbeitstäglich auf 10 331 t gegen 19 183 t im Juni des vorigen Jahres. Bei der Rohstahlgewinnung ist der Rückgang gegenüber Juni 1931 ebenso groß.

Diese wenigen Zahlen zeigen einen Teilausschnitt aus der Krise, in der sich die kapitalistische Wirtschaft befindet. Nicht viel besser geht es den Gemeinden. Die Finanzen der Kommune befinden sich in einem katastrophalen Zustande. Die gesamte kommunale Verschuldung stieg von 6,54 Milliarden im Jahre 1927–28 auf 11,3 Milliarden im Jahre 1931–32.

In diesen Ziffern entschleiern sich die Hintergründe der politischen Krise. Es ist der völlig trostlose Zustand der göttlichen Privateigentumsordnung. Blut, Not, Elend aus allen Poren schwitzend, so vollzieht sich der Untergang des Kapitalismus. Das ist die reale Basis für den politischen Ueberbau. Alle herrschenden Klassen und ihre Trabanten wollen dieses System auf Kosten des Proletariats retten: Trotz eigener Gegensätze unterscheiden sie sich nur in dem Wie. Die einen wollen die blutzierigen Faschisten als Kettenhunde des Kapitals benutzen. Die anderen möchten mit der SPD und den Gewerkschaften die Arbeiter vor den bankrotten Karren der Ausbeutungsordnung spannen. In beiden Fällen droht den Lohnsklaven das Versinken in die Barbarei. Hier gilt es sich zu entscheiden.

Diese Entscheidung zu beschleunigen, wird nicht durch irgendwelche Stimmzettelkomödien erreicht. Im Gegenteil. Alle parlamentarisch-zewckbeschäftlichen Manöver dienen in der Todeskrise des Kapitalismus nur dem einen Zweck: der Arbeiterklasse den Blick für die ökonomischen Hintergründe der politischen Krise zu verschleiern, ihre Kräfte zu demoralisieren und ihre Leiden in Permanenz zu verschärfen. Nur die revolutionäre Massenaktion, nur der siegreiche Aufstand der Arbeiterklasse wird die Krise lösen und an die Stelle des Systems von Ausbeutung, Hunger und Mord die kommunistische Welt aufbauen!

Politische Rundschau

Kapitalistische „Kultur" unter Brücken

Das heilige Gesetz und die Wirklichkeit.

Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet es Reichen wie Armen unter Brücken zu schlafen und betteln zu gehen.

Anatol Francé.

Maßgebende Beamte des **Berliner Polizeipräsidiums** äußerten sich einem Presse-Berichterstatter gegenüber über das Resultat einer Razzia im Berliner Tiergarten wie folgt:

„In den Sommermonaten werden in allen Grünanlagen der Stadt und in den Wäldern, die zum Polizeibezirk Berlin gehören, regelmäßig Razzien durchgeführt. Im wesentlichen ist die Aufgabe der Polizei, **Daueransammlungen von Obdachlosen in den Parkanlagen zu vermeiden. Infolge der Wirtschaftskrise schwillt das Heer der Arbeits- und Wohnungslosen gewaltig an.** . . Die bei der letzten Razzia festgestellten befinden sich fast durchweg in der elendesten Verfassung. **Einige hatten sich unter der Moltkebrücke ein richtiggehendes Asyl zurecht gemacht. Die Männer hatten von Schuttplätzen alte Matratzen und Chaiselongues herzeschleept und in dem Brückenhohlraum aufgestellt. Mit Säcken wurden künstliche Wände gemacht und alte Decken dienen als Bett. Einige hatten sogar primitive Kochgelegenheiten geschaffen. Neben dieser „komfortablen Unterkunft fanden sich an allen Ecken und Enden des Tiergartens weitere Unterkünfte.** Da liegen einige auf Laub eng aneinander geschmiegt, wieder andere nächtigen auf Bänken, das Gesicht mit einem schmutzigen Taschentuch zugedeckt, in den Büschen schlagen obdachlose Paare ihr Nachtquartier auf.

Das Elend der Aufgefundenen spottet jeder Beschreibung. Tagsüber betteln sie um Geld, haben sie sind keine Gewohnheitsbettler, und das Geld, das sie erhalten, reicht nicht zum Nachtquartier.

Neben den obdachlosen Männern wurde auch eine **ganze Anzahl Frauen ergriffen, die keine Wohnung hatten.** Ein schreckliches Zeichen der Verelendung. Diese Frauen sind nicht etwa Prostituierte.

Die Jugendlichen, die hier aufgegriffen werden, sind ausnahmslos erwerbslos. Sie sind wegen eines Streites zu Haus, der sich um das Kostgeld dreht, davongelaufen."

Dieser Bericht amtlicherseits schreckt nicht davor zurück, den Barbarismus der kapitalistischen „Ordnung" unverhüllt, nackt und bloß zu demonstrieren. Unter Brücken und bei Mutter Grün hausen — das zeichnet zum ehernen Bestandteil kapitalistischer „Kultur". Das ist die „Wohlfahrt" für die Parias der heutigen Gesellschaft. So zeht mit lawinenartiger Geschwindigkeit das Vermächtnis der Papenheimer in Erfüllung, daß der Staat keine Wohlfahrtsanstalt ist

Ein unveröffentlicher Brief von Fr. Engels an August Bebel

Den nachfolgenden Brief Fr. Engels an August Bebel entnehmen wir der „Internationalen Pressekorrespondenz". Da er zur Frage der Einigung Ausführungen enthält, deren aktuelle Bedeutung heute für die Arbeiterklasse von größter Wichtigkeit ist, geben wir denselben ungekürzt wieder. (Red. KAZ.)

London, 20. Juni 1873.

Lieber Bebel!

Ich antworte auf Ihren Brief zuerst, weil der von Liebknecht sich noch bei Marx befindet, der ihn augenblicklich nicht finden kann.

Es war nicht Hepners, sondern York's vom Ausschuß unterzeichneter Brief an diesen, der uns hier befürchten ließ, die Tatsache ihrer Gefangenschaft werde von den, unglücklicherweise ganz Lassalleschen Parteibehörden benutzt werden, um den Vokskstaat in einen „ehrlichen" neuen Sozial-Demokraten zu verwandeln. Die Absicht gestand York klar ein, und da der Ausschuß sich als Ansteller und Absetzer der Redakteure hinstellte, war die Gefahr sicher groß genug. Hepners bevorstehende Auswisung gab diesen Plänen eine weitere Handhabe. Unter diesen Umständen mußten wir absolut wissen, woran wir waren, und daher die Korrespondenz.

Sie dürfen nicht vergessen, daß Hepner und noch viel weniger Seiffert, Blos etc. keineswegs gegenüber York dieselbe Stellung haben wie Sie und Liebknecht, die Stifter der Partei, und daß, wenn Sie dergleichen Zumutungen einfach ignorieren, jenen schwerlich zugemutet werden kann. Die Parteibehörden haben immerhin ein gewisses formelles Recht der Kontrolle über das Parteiorgan, dessen Ausübung zwar **ihnen** gegenüber unterbliebt, aber diesmal zweifelhaft und in einer die Partei schädigenden Richtung versucht wurde. Es schien uns also unsere Pflicht, das unsrige zu tun und ebenfalls dem entgegenzuwirken.

Hepner mag in Einzelheiten taktische Vorstöße gemacht haben, die meistens erst **nach** Empfang des Ausschußbriefes, aber in der Sache müssen wir ihm entschieden Recht geben. Schwäche kann ich ihm auch nicht vorwerfen, denn wenn der Ausschuß ihm deutlich zu verstehen gibt, er solle von der Redaktion abtreten und dazusetzt, anders werde er unter Blos arbeiten müssen, so sehe ich nicht, welchen Widerstand er noch leisten könnte. Er konnte sich doch nicht auf der Redaktion gegen den Ausschuß verbarrikadieren. Nach einem solchen kategorischen Brief seiner vorgesetzten Behörde finde ich sogar die von ihnen aufgeführten und mir schon vorher unangenehm aufgefallenen Bemerkungen Hepners im Volksstaat entschuldbar.

Soviel ist sicher, der Volksstaat ist seit Hepners Verhaftung und Abwesenheit von Leipzig weit schlechter geworden, und der Ausschuß, statt mit Hepner zu kämpfen, hätte besser getan, ihm jede mögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Der Ausschuß verlangte geradezu, daß die wissenschaftlicheren Artikel wegbleiben und durch Leitartikel à la „Neue" (Sozialdemokrat) ersetzt werden sollen und **stetig direkte Zwangsmaßregeln in Aussicht.** Ich kenne Blos durchaus nicht, aber wenn derselbe Ausschuß ihn gleichzeitig ernennt, so muß man doch voraussetzen, daß dieser Ausschuß sich einen Mann ausgesucht hat, der nach seinem Herzen ist.

Was nun die Stellung der Partei zum Lassalleanismus angeht, so könnten Sie natürlich die zu befolgende Taktik besser beurteilen als wir, namentlich für die einzelnen Fälle. Aber es ist doch auch dies zu bedenken. Wenn man sich, wie sie gewissermaßen in einer Konkurrenzstellung zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein befindet, so nimmt man zuviel Rücksicht auf den Konkurrenten und gewöhnt sich, in allem zuerst an ihn zu denken.

Nun ist aber sowohl der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, wie die Sozialdemokratische Arbeiter-Partei, beide zusammen, immer noch eine sehr kleine Minorität der deutschen Arbeiterklasse. Nach unserer Ansicht, die wir durch lange Praxis bestätigt gefunden haben, ist aber die richtige Taktik der Propaganda nicht die, dem Gegner hie und da einzelne Leute und Mitgliedschaften abspenstig zu machen, sondern auf die große, noch reinpolitische Masse zu wirken. Eine einzige rohe Kraft, die man aus dem Rohen heraus selbst heranzezogen hat, ist mehr wert, als zehn Lassallesche Ueberläufer, die immer den Keim ihrer falschen Richtung mit in die Partei hineintragen. Und wenn man die Masse nur bekommen könnte, ohne die **Lokalführer,** so ginge das noch. So aber muß man immer einen ganzen Haufen von solchen Führern mit in den Kauf nehmen, die durch ihre früheren öffentlichen Aeußerungen, wenn nicht noch durch ihre bisherigen Anschauungen gebunden sind einen nun vor allem nachweisen müssen, daß sie ihren Grundsätzen nicht abtrünnig geworden, daß vielmehr die Sozialdemokratische Arbeiter-Partei den **wahren** Lassalleanismus predigt. Das war das Pech in Eisenach, damals vielleicht nicht zu umgehen, aber geschadet haben diese Elemente der Partei unbedingt, und ich weiß nicht, ob diese auch ohne jenen Zutritt nicht heute mindestens ebenso stark wäre. Jedenfalls aber würde ich es für ein Unglück halten, wenn diese Elemente Verstärkung erhielten.

Man muß sich durch das Geschrei nach „Einigung" nicht beirren lassen. Die dieses Wort am meisten im Munde führen, sind die größten Zwietrachtstifter, wie ja gerade jetzt die Schweizer Jurabakunisten, die Anstifter aller Spaltungen, nach nichts mehr schreien als Einigung. Diese Einigungsfanatiker sind entweder beschränkte Köpfe, die alles in einen unbestimmten Brei zusammenrühren wollen, der sich bloß zu setzen braucht, um alle Unreinlichkeiten an die Oberfläche zu bringen, wieder herzustellen, weil sie sich dann in einem Topf befinden (in Deutschland haben Sie ein schönes Exempel an den Leuten, oder sehr Leute, die die Bewegung unbewußt (wie z. B. Müllberger) oder bewußt verlähmen wollen. Deswegen sind die größten Sektierer und die größten Krakeeler und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungsschreier. Mit niemandem ist in unserem Leben mehr Last und Tück gehabt als mit den Einigungsschreiern.

Natürlich will jede Parteileitung Erfolge sehen, das ist auch ganz gut. Aber es gibt Umstände, wo man den Mut haben muß, den **augenblicklichen** Erfolg wichtigeren Dingen zu opfern. Namentlich bei einer Partei wie die unsrige, deren schließlicher Erfolg so absolut gewiß ist, und die zu unseren Lebzeiten und unter unseren Augen sich so kolossal entwickelt hat, braucht man den augenblicklichen Erfolg keineswegs immer und unbedingt. Nehmen Sie z. B. die Internationale. Die zusammengedonnerten Bourgeois schrieben ihr Allmacht hinein. Die große Menge der Mitglieder glaubte, das werde ewig so bleiben. Wir wußten sehr gut, daß es **bald** Blase platzen **müsse.** Alles Gesindel hing sich an sie an. Die in ihr enthaltenen Sektierer wurden weiter mit; darum allein erklärt sich, weshalb die Solidarität des Proletariats" in der Wirklichkeit überall in verschiedenen Parteigruppierungen sich verwirklicht, die sich auf Tod und Leben befehden, wie die christlichen Sekten im römischen Reich unter den schlimmsten Verfolgungen.

Auch dürfen Sie nicht vergessen, wenn z. B. der **Neue Sozialdemokrat** mehr Abonnenten hat als der Volksstaat, daß jede Sekte notwendig fanatisch ist, und durch diesen Fanatismus, besonders in Gegenden, wo sie neu ist (wie der ADAV in Schleswig-Holstein z. B. weit größere augenblickliche Erfolge erreicht, als die Partei, die ohne Sekten-Absonderlichkeit einfach die wirkliche Bewegung vertritt.) Dafür dauert auch der Fanatismus nicht lange.

Ich muß schließen, die Post geht ab. In Eile nur noch: Marx kann an den Lassalle nicht gehen, bis die franz. Uebersetzung fertig (Ende Juli circa) und hat dann positiv Erholung nötig, da er sehr überanstrengt ist.

Daß Sie Ihre Soldatenforderungen beweisen nur an Möglich, daß die KPD in ihrer parlamentarischen Verzumpfung die sozialdemokratische „Großzügigkeit" in „Kleinigkeiten" bereits weit übertroffen hat. Wenn die KPD bei anderen Gelegenheiten andere Parolen z. B. ihre Arbeitsbeschaffungsaufrischt, und so nach den Mitteln hierfür gefragt wird, dann zählt sie u. a. auch die Streichung sämtlicher Ausgaben für die Reichswehr auf. Wo sie da mit ihrer Logik bleibt, das ist ihre Sache. Feststellen müssen wir, **daß die KPD sich prak-**

Hand in Hand mit einer Abschnürung vom Weltmarkt geht den Schwund des Binnenmarktes. Das Institut für Konjunkturforschung stellt in seinem neuesten Wochenbericht fest, daß „gegenwärtig die Arbeitslosigkeit in jedem Monat noch um 100 000 Mann wächst". Als Grund wird der „Rückgang der Massenkaufkraft in lebenswichtigen Gütern", „Die letzte Stütze der Wirtschaft", angegeben. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten betrug im Durchschnitt IV. Quartal 1929 17,4 Millionen gegen 12,7 Millionen im ersten Quartal 1932. Im Mai 1932 betrug die Ziffer der beschäftigten Industriearbeiter 42 Proz. der Arbeitsplatzkapazität gegen 54 Proz. im gleichen Monat des Vorjahres. Nach Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung betrug der Verlust an Arbeitseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten im ersten Semester 1932 gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1929 rund 8,6 Milliarden Mark.

Bei dem Rückgang des Außenhandels wirkt die Einengung der Kaufkraft durch Verminderung des Arbeitseinkommens für den Binnenmarkt besonders verheerend. Wenn der Arbeitseinkommenindex mäßig von 100 im Jahre 1928 auf 77,6 im Jahre 1931 gesunken ist, so fielen die Verkaufserlöse des Einzelhandels von 100 auf 80,1, der Landwirtschaft von 100 auf 68,8 und der Verbrauchswareninduktrie von 100 auf 80,6. Mengenmäßig war im Mai 1932 im Einzelhandel der Umsatz von Nahrungsmitteln um 7,3 Proz. und von Bekleidungswaren um 14,4 Proz. geringer als im Mai 1931.

Nicht anders sieht es in der Schwerindustrie aus. Von 155 vorhandenen Hochöfen waren 38 im Juni im Betrieb gegen 41 im Mai und 48 im Januar. Die Roheisenerzeugung stellte sich arbeitstäglich auf 10 331 t gegen 19 183 t im Juni des vorigen Jahres. Bei der Rohstahlgewinnung ist der Rückgang gegenüber Juni 1931 ebenso groß.

Diese wenigen Zahlen zeigen einen Teilausschnitt aus der Krise, in der sich die kapitalistische Wirtschaft befindet. Nicht viel besser geht es den Gemeinden. Die Finanzen der Kommune befinden sich in einem katastrophalen Zustande. Die gesamte kommunale Verschuldung stieg von 6,54 Milliarden im Jahre 1927–28 auf 11,3 Milliarden im Jahre 1931–32.

In diesen Ziffern entschleiern sich die Hintergründe der politischen Krise. Es ist der völlig trostlose Zustand der göttlichen Privateigentumsordnung. Blut, Not, Elend aus allen Poren schwitzend, so vollzieht sich der Untergang des Kapitalismus. Das ist die reale Basis für den politischen Ueberbau. Alle herrschenden Klassen und ihre Trabanten wollen dieses System auf Kosten des Proletariats retten: Trotz eigener Gegensätze unterscheiden sie sich nur in dem Wie. Die einen wollen die blutzierigen Faschisten als Kettenhunde des Kapitals benutzen. Die anderen möchten mit der SPD und den Gewerkschaften die Arbeiter vor den bankrotten Karren der Ausbeutungsordnung spannen. In beiden Fällen droht den Lohnsklaven das Versinken in die Barbarei. Hier gilt es sich zu entscheiden.

Diese Entscheidung zu beschleunigen, wird nicht durch irgendwelche Stimmzettelkomödien erreicht. Im Gegenteil. Alle parlamentarisch-zewckbeschäftlichen Manöver dienen in der Todeskrise des Kapitalismus nur dem einen Zweck: der Arbeiterklasse den Blick für die ökonomischen Hintergründe der politischen Krise zu verschleiern, ihre Kräfte zu demoralisieren und ihre Leiden in Permanenz zu verschärfen. Nur die revolutionäre Massenaktion, nur der siegreiche Aufstand der Arbeiterklasse wird die Krise lösen und an die Stelle des Systems von Ausbeutung, Hunger und Mord die kommunistische Welt aufbauen!

Politische Rundschau

Kapitalistische „Kultur" unter Brücken

Das heilige Gesetz und die Wirklichkeit.

Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet es Reichen wie Armen unter Brücken zu schlafen und betteln zu gehen.

Anatol Francé.

Maßgebende Beamte des **Berliner Polizeipräsidiums** äußerten sich einem Presse-Berichterstatter gegenüber über das Resultat einer Razzia im Berliner Tiergarten wie folgt:

„In den Sommermonaten werden in allen Grünanlagen der Stadt und in den Wäldern, die zum Polizeibezirk Berlin gehören, regelmäßig Razzien durchgeführt. Im wesentlichen ist die Aufgabe der Polizei, **Daueransammlungen von Obdachlosen in den Parkanlagen zu vermeiden. Infolge der Wirtschaftskrise schwillt das Heer der Arbeits- und Wohnungslosen gewaltig an.** . . Die bei der letzten Razzia festgestellten befinden sich fast durchweg in der elendesten Verfassung. **Einige hatten sich unter der Moltkebrücke ein richtiggehendes Asyl zurecht gemacht. Die Männer hatten von Schuttplätzen alte Matratzen und Chaiselongues herzeschleept und in dem Brückenhohlraum aufgestellt. Mit Säcken wurden künstliche Wände gemacht und alte Decken dienen als Bett. Einige hatten sogar primitive Kochgelegenheiten geschaffen. Neben dieser „komfortablen Unterkunft fanden sich an allen Ecken und Enden des Tiergartens weitere Unterkünfte.** Da liegen einige auf Laub eng aneinander geschmiegt, wieder andere nächtigen auf Bänken, das Gesicht mit einem schmutzigen Taschentuch zugedeckt, in den Büschen schlagen obdachlose Paare ihr Nachtquartier auf.

Das Elend der Aufgefundenen spottet jeder Beschreibung. Tagsüber betteln sie um Geld, haben sie sind keine Gewohnheitsbettler, und das Geld, das sie erhalten, reicht nicht zum Nachtquartier.

Neben den obdachlosen Männern wurde auch eine **ganze Anzahl Frauen ergriffen, die keine Wohnung hatten.** Ein schreckliches Zeichen der Verelendung. Diese Frauen sind nicht etwa Prostituierte.

Die Jugendlichen, die hier aufgegriffen werden, sind ausnahmslos erwerbslos. Sie sind wegen eines Streites zu Haus, der sich um das Kostgeld dreht, davongelaufen."

Dieser Bericht amtlicherseits schreckt nicht davor zurück, den Barbarismus der kapitalistischen „Ordnung" unverhüllt, nackt und bloß zu demonstrieren. Unter Brücken und bei Mutter Grün hausen — das zeichnet zum ehernen Bestandteil kapitalistischer „Kultur". Das ist die „Wohlfahrt" für die Parias der heutigen Gesellschaft. So zeht mit lawinenartiger Geschwindigkeit das Vermächtnis der Papenheimer in Erfüllung, daß der Staat keine Wohlfahrtsanstalt ist

Ein unveröffentlicher Brief von Fr. Engels an August Bebel

Den nachfolgenden Brief Fr. Engels an August Bebel entnehmen wir der „Internationalen Pressekorrespondenz". Da er zur Frage der Einigung Ausführungen enthält, deren aktuelle Bedeutung heute für die Arbeiterklasse von größter Wichtigkeit ist, geben wir denselben ungekürzt wieder. (Red. KAZ.)

London, 20. Juni 1873.

Lieber Bebel!

Ich antworte auf Ihren Brief zuerst, weil der von Liebknecht sich noch bei Marx befindet, der ihn augenblicklich nicht finden kann.

Es war nicht Hepners, sondern York's vom Ausschuß unterzeichneter Brief an diesen, der uns hier befürchten ließ, die Tatsache ihrer Gefangenschaft werde von den, unglücklicherweise ganz Lassalleschen Parteibehörden benutzt werden, um den Vokskstaat in einen „ehrlichen" neuen Sozial-Demokraten zu verwandeln. Die Absicht gestand York klar ein, und da der Ausschuß sich als Ansteller und Absetzer der Redakteure hinstellte, war die Gefahr sicher groß genug. Hepners bevorstehende Ausweisung gab diesen Plänen eine weitere Handhabe. Unter diesen Umständen mußten wir absolut wissen, woran wir waren, und daher die Korrespondenz.

Sie dürfen nicht vergessen, daß Hepner und noch viel weniger Seiffert, Blos etc. keineswegs gegenüber York dieselbe Stellung haben wie Sie und Liebknecht, die Stifter der Partei, und daß, wenn Sie dergleichen Zumutungen einfach ignorieren, jenen schwerlich zugemutet werden kann. Die Parteibehörden haben immerhin ein gewisses formelles Recht der Kontrolle über das Parteiorgan, dessen Ausübung zwar **ihnen** gegenüber unterbliebt, aber diesmal zweifelhaft und in einer die Partei schädigenden Richtung versucht wurde. Es schien uns also unsere Pflicht, das unsrige zu tun und ebenfalls dem entgegenzuwirken.

Hepner mag in Einzelheiten taktische Vorstöße gemacht haben, die meistens erst **nach** Empfang des Ausschußbriefes, aber in der Sache müssen wir ihm entschieden Recht geben. Schwäche kann ich ihm auch nicht vorwerfen, denn wenn der Ausschuß ihm deutlich zu verstehen gibt, er solle von der Redaktion abtreten und dazusetzt, anders werde er unter Blos arbeiten müssen, so sehe ich nicht, welchen Widerstand er noch leisten könnte. Er konnte sich doch nicht auf der Redaktion gegen den Ausschuß verbarrikadieren. Nach einem solchen kategorischen Brief seiner vorgesetzten Behörde finde ich sogar

Schleicherei am Mikrophon

Der deutsche Kriegsminister hat Ende Juli über alle deutschen Sender gewaltig wilhelminisch mit dem Säbel gerasselt. Herr Schleicher will

„unsere Militärmacht so organisieren, d. h. umbauen, daß sie uns wenigstens ein gewisses Maß von Sicherheit gibt, und ich möchte im Anschluß an die deutsche Schlußerklärung in Genf **keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir diesen zweiten Weg gehen werden.** wenn man uns auch in Zukunft volle Sicherheit und Gleichberechtigung weiter vorenthält."

Daß Herr Schleicher in demselben Atemzug Frankreichs Ruf nach militärischer Sicherung zegen die Kriegstreiberei des deutschen Faschismus Heuchelei nennt und es bedauert, daß eine treffende Kennzeichnung des Verhaltens der französischen Delegation in Genf ihm seine internationale Höflichkeit verbiete, das ist nur Beweis dafür, daß sich die Logik politisierender Militärs immer gleich bleibt, jene „Logik", die es Deutschlands Kriegsgegnern so leicht machte, den Beweis zu erbringen, daß der preußische Militarismus den Weltkrieg vom Zaune zebrochen habe.

Herr Schleicher hat vergessen, daß alle zeznerischen Militärs Wilhelms Säbelrassein als Kriegshetze auffaßten, daß auf ihre Rüstungen vorantrieben und dennoch Vorwand hatten, daß die preußischen Säbelrassler die Urheber des Krieges sind. Es ist auch in Frankreich nicht ganz unbekannt, daß just zu derselben Zeit als Herr Schleicher sich zum Reichskriegsminister ernennen ließ, Hitlers Rechtsberater, Rechtsanwalt Frank II im Meineidsprozeß Abel vor Gericht unter Eid aussagte:

„Die Reichswehr ist eine einzige nationalsozialistische Zelle und Herr Gröner hätte Groenerzellen bilden müssen."

Und schließlich scheint Herr Schleicher vergessen zu haben, daß die deutschen Generale im Weltkrieg zeschlagen wurden. Wie ihre Außenpolitik aussehen würde, wenn sie zesiegt hätten, dafür braucht man sich nicht einmal den Ausgang des Krieges von 1870/71 zu verzegenwärtigen. Die Hitlerei würde sicher unter allerhöchster Protektion noch ganz andere Purzelbäume schlagen. Ob Herr Schleicher Frankreich oder der deutschen künftig arbeitsdienstpflichtige Jugend imponieren will, wenn er zum Schluß sagt:

„Mir wird so oft gesagt, daß diese Passion, sich drillen zu lassen, doch eigentlich unverständlich und beinahe unwürdig wäre. Darauf kann ich nur antworten, daß Menschen, die dafür kein Verständnis haben, nicht das Hochgefühl von jungen Burschen kennen, die ihrem Körper etwas Außerordentliches abgewonnen und das erstemal **ihren inneren Schweinehund ganz besiegt haben."**

An diesem blutigen Hohn, daß es die höchste Wonne sei, aus dem Spucknapf zu saufen und sich vom Kommißstiefel treten zu lassen, daran sind die parlamentarischen Arbeiterparteien nicht ganz schuldlos, die mit ihrer Jugend nichts weiter anzufangen wußten, als die in Uniformen zu stecken und militaristische Späße mit ihnen zu treiben.

Der ADGB als Generalstab für die „freiwillige" Leibeigenschaft

Die „Vossische Zeitung" hat einen Berichterstatter in das Arbeitsdienstlager Brieselang entsandt, dessen Berichten folgendes zu entnehmen ist:

„Ein Rheinländer erzählt: Ich packte meinen Ranzen und ging auf die Wanderschaft. Als wir dann eines Tages eng aneinander geschmiegt, wieder andere nächtigen auf Bänken, das Gesicht mit einem schmutzigen Taschentuch zugedeckt, in den Büschen schlagen obdachlose Paare ihr Nachtquartier auf.

Die „Vossische Zeitung" hat einen Berichterstatter in das Arbeitsdienstlager Brieselang entsandt, dessen Berichten folgendes zu entnehmen ist:

„Ein Rheinländer erzählt: Ich packte meinen Ranzen und ging auf die Wanderschaft. Als wir dann eines Tages eng aneinander geschmiegt, wieder andere nächtigen auf Bänken, das Gesicht mit einem schmutzigen Taschentuch zugedeckt, in den Büschen schlagen obdachlose Paare ihr Nachtquartier auf.

Die Jugendlichen, die hier aufgegriffen werden, sind ausnahmslos erwerbslos. Sie sind wegen eines Streites zu Haus, der sich um das Kostgeld dreht, davongelaufen."

Dieser Bericht amtlicherseits schreckt nicht davor zurück, den Barbarismus der kapitalistischen „Ordnung" unverhüllt, nackt und bloß zu demonstrieren. Unter Brücken und bei Mutter Grün hausen — das zeichnet zum ehernen Bestandteil kapitalistischer „Kultur". Das ist die „Wohlfahrt" für die Parias der heutigen Gesellschaft. So zeht mit lawinenartiger Geschwindigkeit das Vermächtnis der Papenheimer in Erfüllung, daß der Staat keine Wohlfahrtsanstalt ist

wenig. Daß die Leute nur das bekommen, was sie brauchen — ein wenig erinnert es **doch an Leibeigenschaft.**

. . . Natürlich findet bei den gemeinsamen Abenden eine Beeinflussung der Arbeitswilligen im jungdeutschen Sinne statt. Die schwarz-weiß-roten Kokarden haben die Jungdeutschen beim Arbeitsdienst durch grün-weiße sächsische ersetzt. . . .

Ueber die Arbeitsdienstpflicht ist viel debattiert worden. — Wenn diese Pflicht praktisch etwa so aussehen sollte wie der freiwillige Arbeitsdienst bei Bautzen, dann wäre sie nur **eine neue Art von Sklaverei.** Für 50 Pf. am Tage schwer zu arbeiten — das kann und darf in der Tat nur freiwillig sein."

Der sozialistische Aufbau marschiert

Unter der Ueberschrift: „Russisches Gold für Deutschland", ist in dem Münzenberg-Blatt der „Neuen Montags-Zeitung" vom 23. 5. 32 folgendes zu lesen:

„Umgerechnet auf das Wirtschaftsjahr 1931 sind die russischen Goldsendungen nach Deutschland zum wichtigsten Faktor der russischen Ausfuhr nach Deutschland geworden.

Der Posten Gold allein stellt sich im Sowjetexport nach Deutschland auf 82 Prozent des gesamten sonstigen Exports der UdSSR nach Deutschland. Diese starke Goldausfuhr der Sowjetunion nach Deutschland ergab sich als Resultat des relativ hohen Ausfuhrüberschusses zugunsten Deutschlands.

Für das Jahr 1931 belief sich die deutsche Goldeinfuhr aus der UdSSR auf ungefähr 60 Prozent der gesamten Goldeinfuhr Deutschlands (416 Mill. Mk.).

Es ist nicht übertrieben, wenn wir behaupten, daß von dem Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion Deutschland heute schon profitiert, daß es schon allein durch die russische Goldeinfuhr im letzten Jahr vor dem direkten währungspolitischen Zusammenbruch gerettet wurde".

Kommentar überflüssig!

Reichswehr und die KPD

Es jähren sich wieder einmal die Tage, an denen vor 18 Jahren das imperialistische Völkermorden seinen Anfang nahm. Die parlamentarischen Parteien werden in „Nie-wieder-Krieg"-Paroken die Massen darüber hinwegzutäuschen versuchen, daß sie die eifrigsten Verteidiger des Imperialismus und der verschiedenen Vaterländer sind. Speziell die SPD hat es nicht daran fehlen lassen, in der Presse und in den Eisernen-Front-Versammlungen die nationalistische Bezeisterung zu hohen Wellen aufzupeitschen. Sie rühmen sich damit, daß sie im Gegensatz zu den heutigen Nationalsozialisten damals nicht erst gefragt haben, wofür sie kämpfen, für welchen Staat sie ausgezogen, diesen zu verteidigen.

Die KPD hat zu dieser Frage eine Broschüre herausgegeben mit dem Titel: „Die Reichswehr und die Arbeiterschaft". Sie geht hier eingangs auf die „Frage von 1914" ein:

„Wie war es möglich, daß die große 2. Internationale mit ihren gewaltigen, festgefügten Parteien im ersten Moment schmählich zusammenbrach, in dem sie ihre Feuerprobe zu bestehen hatte. Der Leninismus hat die Ursachen dieses unerhörten Zusammenbruchs aufgedeckt. Er hat gezeigt, daß die Politik des Burgfriedens mit dem Klassenfeind nicht erst am 4. August 1914 begann, sondern daß die 2. Internationale schon lange vorher, die deutsche Sozialdemokratie seit Jahrzehnten vom Gift des Reformismus zerfressen und verbürgerlicht war, so daß die Augusttage 1914 nur die Krönung dieser Entwicklung bedeuteten."

Richtig wird dort gesagt, daß der 4. August 1914 kein zufälliges Versehen der Sozialdemokratie ist, sondern daß hier das notwendige Ergebnis einer parlamentarisch-reformistischen Politik offen zutage trat. Aus dem weiteren Inhalt der Broschüre geht dann aber deutlich hervor, daß sich die KPD getreulich in den Fußtapfen der sozialdemokratischen, parlamentarisch-reformistischen Vorkriegs-Tradition bewegt. Sie bemüht sich, überall nachzuweisen, daß sie alle parlamentarischen Forderungen der Sozialdemokratie vor dem Kriege in ihren Musterkoffer von Parolen und Forderungen aufzenommen. Ja, wir müssen ihr bestätigen, daß sie diese unsinnige parlamentarische Parolentaktik bis ins Lächerliche gesteigert hat.

Die Soldatenforderungen der KPD, die in dieser Broschüre zusammengestellt sind, umf

schenden Klasse ist, nach den zitierten Worten eines Zentrumsabgeordneten: „Das wichtigste Instrument des deutschen Staates zu seiner Verteidigung nach außen und im Innern." Von den imperialistischen Gegensätzen der monopolkapitalistischen Staaten ist jedoch nicht die Rede. Es heißt da:

„Wem gelten diese gewaltigen Rüstungen? Etwa dem kapitalistischen ‚Erbfeind' jenseits des Rheines? Oder vielleicht dem polnischen Nachbarn? Nur Narren können darauf verfallen". „Der äußere Feind" dem die Rüstungen der deutschen Bourgeoisie — im Bunde mit den Generalstäben Londons, New Yorks, Paris — in erster Linie gelten, ist die Sowjetunion!"

Für die KPD, sowie die ganze Komintern, gibt es nur eine kapitalistische Front gegen die Sowjetunion. Der Nichtangriffspakt mit Frankreich besteht etwa nicht, und auch nicht mit Polen? Hier liegt aber auch die letzte Erklärung für die ganze scheinrevolutionäre KPD-Politik. Die proletarischen Klasseninteressen sind den national-russischen Aufbauinteressen untergeordnet. Die KPD kann wohl durch ihre Parolenschreierei den Versuch unternehmen, die Bourgeoisie zu beunruhigen und von Rußland abzulenken, aber jeder grundsätzlichen, revolutionären Entscheidung muß sie ausweichen, um die friedlichen Beziehungen Rußlands zu den kapitalistischen Ländern nicht zu stören und den russischen Aufbau nicht zu gefährden. Auch die grundsätzliche kommunistische Stellung zum Krieg ist für die staatskapitalistischen Interessen Rußlands umgebogen worden. Man braucht hier nur wieder an die These erinnern, **daß die Kommunisten verpflichtet sind, einem militärischen Bündnis eines kapitalistischen Staates mit Rußland zum Siege zu verhelfen.** Ebenfalls sei erinnert an das Wort von Klara Zetkin, **wonach ein Zusammengehen der Reichswehr mit der Roten Armee durchaus möglich ist.** Da ist es nur eine Frage der Zeit, daß die KPD eines Tages nur das tun wird, „was sie schon immer gesagt hat".

Die KPD, dafür ist auch diese Broschüre ein neuer Beweis, behandelt die Frage nicht grundsätzlich vom Klassenstandpunkt. Sie verschiebt die grundsätzliche Haltung um der russischen Staatsbedürfnisse willen. Die revolutionäre Klassenantwort aber lautet: Die Reichswehr ist Instrument und Stütze der kapitalistischen Klassenherrschaft. Die letzten Vorgänge besonders zeigen, daß die Reichswehr zum vorwiegenden Träger der kapitalistischen Diktatur wird. Damit ergibt sich die Ablehnung des bürgerlichen Militärs wie auch die Ablehnung einzelner Teile der Militärpolitik und des Reichswehretats. Man kann nicht die Reichswehr grundsätzlich ablehnen und gleichzeitig für die Besserstellung der Angehörigen der Reichswehr eintreten. Das Klasseninteresse kann nicht Rücksicht nehmen auf die besonderen bürgerlichen Berufsinteressen der Reichswehrsoldaten. Eine revolutionäre Politik muß es auch ablehnen, Illusionen bei der Arbeiterklasse zu erwecken, daß es gelingen könnte, durch eine Politik der inneren Verlogenheit Reichswehrangehörige für die Revolution zu gewinnen. Praktisch würde ja auch durch die Verwirklichung der KPD-Forderungen nur erreicht, daß die Zuftriedenheit und die Schlagfertigkeit der Reichswehr im Kampf gegen die Arbeiterklasse gesteigert wird. Wenn sich die Arbeiterklasse zur Entscheidung anschickt, dann stellt sie diese Entscheidungsfrage auch an jeden, aber ohne Sonderversprechungen auf die Sicherung der Existenz einer bürgerlichen Laufbahn!

Aus der Bewegung

Die Beweglichen

In einer der letzten Nummern der „KAZ" haben wir nachgewiesen, welche Zylinderleute in der sogenannten „KAU" ihr Unwesen treiben und daß solche Elemente nur die Rolle spielen können infolge der ausgesprochenen Prinzipienlosigkeit dieser „KAU". Der „Kampfruf" bestätigt unsere Feststellungen mit folgendem „Witz":

„Hei lewet noch! Durch eine Schimpfkanonade in der KAZ. Nr. 7 wurden wir an die Existenz der ewigen KAPisten erinnert. Im übrigen haben wir nur zu bemerken, daß die Mitglieder der KAU ihre Angelegenheiten selber erledigen. †††"

Die drei Kreuze hinter diesem Witz sollen augenscheinlich die ungeheure Erleichterung demonstrieren, die die „Beweglichen" empfinden, seit sie von der Kontrolle der Partei befreit sind, die sie als Ballast empfanden, weil sie — man höre! — Kommunisten geblieben sind. „Ewig" um eine revolutionäre Linie kämpfen, Gesinnung und Namen höher bewerten als ein altes Hemd, — das ist nichts für Zigeuner.

Das wußten wir jedoch auch ohne dies Eingeständnis; da braucht man nur in den „Kampfruf" hineinsehen. Wir begnügen uns mit einigen „Perlen" aus Nr. 12. Da steht unter „Aufgaben und Losungen":

„Wahl von revolutionären Kampf- und Aktionsausschüssen **unter Ausschaltung jeder Organisationsbürokratie.** Zusammenfassung dieser Organe über das ganze Land und Einberufung eines Reichskongresses.

Herstellung der geschlossenen Front zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen durch gemeinsame Versammlungen.

Auslösung von Solidaritätsaktionen der Erwerbslosen bei Betriebskämpfen, und Entfachung von Solidaritätsstreiks der Betriebsarbeiter bei allen Kämpfen der Erwerbslosen, bei Mieterstreiks, Exmissionsverhinderung usw.

Schaffung von Schutzformationen gegen faschistische Ueberfälle und zur Unterstützung aller Aktionen in den Betrieben, Stempelstellen und proletarischen Wohnbezirken.

Vorwärtstreibung aller Teilaktionen über ihren lokalen Rahmen hinaus zu wirklichen revolutionären Massenkämpfen.

Uebergang der Proletarier aus der Defensive in die Offensive mit dem Ziel:

Niederringung der kapitalistischen Hungerdiktatur!

Aufhebung aller Notverordnungen durch den Sturz der Bourgeoisie mit den Waffen der direkten revolutionären Massenaktion!

Beseitigung der Erwerbslosigkeit durch Eroberung der Produktionsstätten für den Aufbau einer Bedarfswirtschaft!

Eroberung der politischen Macht und Sicherung der kommunistischen Revolution durch die proletarische Rätediktatur!"

Kein Zweifel, daß der ganze Quatsch sehr schlecht aus der „Roten Fahne" abgeschrieben ist. Aber wir erfahren auch, was es mit der Phrase von der Ausschaltung jeder „Organisationsbürokratie" auf sich hat. Unter **„Revolutionäres Selbsthandeln"** verstehen die „Beweglichen":

„Die Arbeiter der Betriebe und Stempelstellen müssen die Klassenfront schaffen, indem sie jede Organisationsinstanz beiseiteschieben und aus ihrer Mitte ihre eigenen Kampfleitungen wählen. Diese revolutionären Ausschüsse müssen sich im Meinungsstreit der Organisationen unterscheiden ihre politische Selbständigkeit bewahren, damit sie wirklich ein Instrument des proletarischen Klassenwillens sind."

Es gibt also auch eine „politische Selbständigkeit" über dem „Meinungsstreit der Organisationen". Ueber den Klassen. In der Luft. Jeder gibt ein bißchen nach. Grundsätze sind nicht für die „Ewigkeit" bestimmt. Das ist alles nur „Organisationsegoismus". Welch wunderbare Erklärung für die Krise in der Arbeiterbewegung. Nur eines ist nicht klar, warum die „KAU" aus purem „Organisationsegoismus" ihren eigenen Verein haben muß? Das hat Fichtmann alles schon viel früher gesagt, er hat aber auch die Konsequenzen gezogen, weil die Organisationen die Klasse „spalten". Sein „Schlachtruf" war daher: „Weg mit allen Organisationen, her mit der organisationslosen Klassenfront!" Man sieht, selbst dieses Geschwätz ist nicht zu blöde, um von den Beweglichen nicht aufgegriffen und als „Programm" verkündet zu werden.

In einem anderen Artikel derselben Nummer heißt es:

„Unser praktischer Kampf gegen den Nazi-Terror aber liegt in der Organisierung des Massenselbstschutzes, und zwar als Massenselbstschutz im wahren Sinne des Wortes. Für uns Unionisten heißt die Parole: **Hinein in die Schutzstaffeln! Wo diese Schutzstaffeln heute noch Organe der KPD sind, gilt es, sie in unserem Sinne umzugestalten,** sie zu Organen des Selbsthandelns der Massen zu machen. Unser praktisches Beispiel, die praktische Anwendung unserer Prinzipien sind hier ausschlaggebend."

Nun bleibt trotz alledem unklar, was mit diesen „Prinzipien" gemeint ist. Das war doch die „politische Selbständigkeit" außerhalb „des Meinungsstreites der Organisationen". Nun beschwört man selbst den „Meinungsstreit" herauf, indem man „in unserem Sinne" „umgestaltet". Darf man fragen in welchem „Sinne"? Im Sinne des „Selbsthandelns"? Selbsthandeln um des „Selbsthandelns" willen? Auch darüber erhalten wir Auskunft. Wo nämlich jede klare Ueberlegung und jeder sachliche Standpunkt als lästig und lächerlich verpönt sind, entsteht folgende „überparteiliche" „Linie":

„Eine Schweinerei bleibt die Weltkrise jedenfalls, ihr Teutonen, nur reicht voraussichtlich die ganze Sittlichkeit Germaniens nicht aus, und mag das Heldenherz noch so bieder hämmern, um sachliche Probleme der Gegenwart zu lösen. Recht hat die „Rote Fahne": daß sie dafür dem Gregor die schöne neue Uniform bekleckert."

Sehen wir davon ab, daß es keine unsachlichen Probleme gibt, so ist immer noch nicht einzusehen, warum nach dieser Ansicht nicht nur die „Weltkrise", sondern die Revolution als Folge der Weltkrise eine „Schweinerei" ist. Der Mann, der sich über die „Schweinerei" so furchtbar aufregt, schreibt dann am Schluß:

„Noch haben die Nazis die Revolver und wir nicht; aber eine Waffe hat das klassenbewußte Proletariat, die unbesiegbar ist, wenn sie angewandt wird, die Solidarität.

Und mit dieser Waffe werden wir auch noch das Nazi-Heldentum mit all seinen tönenden Phrasen zum Teufel jagen und Herrn Hauptmann Goering zeigen, wie „das feige Gesindel" aus der Nähe betrachtet aussieht!"

Fürchterlich! Also nur die Nazis? Die Polizei, die Reichswehr, den gesamten Staatsapparat der Bourgeoisie, die von der Bourgeoisie ausgehaltene Hetzpresse, das alles sehen die „Beweglichen" vor lauter Wut nicht. Richtige wildgewordene Stampfer-Männer!

Wie sich in der Praxis die Beweglichkeit der Tollwütigen auswirkt, ist in einem Bericht des „Syndikalist" nachzulesen. Es heißt dort:

„Auch hier in Pirna, rief, wie überall im Reiche, die KPD zur Einheitsfront in der Antifaschistischen Aktion auf.

Große Versammlungen, große Reden, alter Phrasendrusch. Ein Aktionsausschuß wurde gebildet, man diskutierte und fand, daß es, wenn es gegen den Faschismus und das Kapital geht, eigentlich nichts Trennendes gibt. Man war da in allem einer Meinung. Auch darin, daß Wahlwie Antiwahlpropaganda im Aktionsausschuß nicht einigen, sondern zersplittern würde. Das wurde auch einstimmig abgelehnt.

* — *

Man gab einen Aufruf heraus, in dem auf die Gefahr, die vom Faschismus droht, hingewiesen wurde; unterzeichnet war er von der KPD und einer Masse ihrer Unterorganisationen, sowie SAP und KAU. Eine wuchtige Demonstration sollte den Arbeitern die Einmütigkeit demonstrieren. Zwei Redner, einer der KPD, einer der KAU, sollten auf dem Markte über die Notwendigkeit der Antifaschistischen Aktion sprechen. Alles war erfreut. Endlich, endlich sagten die Arbeiter, kommen sie doch zur Vernunft. Kein Mensch, außer der KPD, hatte Hintergedanken.

Am Donnerstag, dem 14. Juli, fand die Demonstration statt. Als man 10 Minuten marschiert war, erfuhren SAP und KAU, die sich an die Beschlüsse des A.-Ausschusses gehalten hatten, daß die KPD ein Transparent mit der Parole: Wählt KPD-Liste 3, mitführe. Beide forderten Entfernung der Parole. Ein KPD-Mann schrie: „Ach, scheiß Abmachungen!"

Auf dem Markte sprach als erster Redner der KPD-Sprecher. Seine Rede war ein Hohn auf alle einstimmig gefaßten Beschlüsse. „Reih' euch ein unter Führung der einzigen" usw. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Einheitsfront. Der Sprecher der KAU glaubte, jetzt käme er dran. Aber die Bürokratie war anderer Meinung. Man gab den Befehl zum Abmarsch, und die Musik setzte ein."

Es muß ein erhabenes Gefühl sein, den Trottel der KPD zu machen, ohne von der „ewigen" KAP ††† „bevormundet" zu werden. Ueber der ganzen ersten Seite dieses „Kampfruf" prangt die Riesenüberschrift: „Zum Sturme gerüstet!"

Der Rettungsanker: Arbeitsdienst

Die zunehmende Zahl der Arbeitslosen bringt Gefahren, die der Bourgeoisie schwer auf den Magen drücken. Die Arbeitsdienstpflicht tritt mehr und mehr in den Mittelpunkt der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Die lustigen Soldatenfilme liefern die nötige Begleitmusik.

Der „freiwillige Arbeitsdienst" soll nach zwei Seiten wirksam werden: als Streikbruchorganisation und zur Bereitstellung militärischer Reserven. Im Zusammenwirken mit der Technischen Nothilfe glaubt man die genügende technische Elastizität gewährleistet, um bei Massenstreiks wenigstens die Fortführung unentbehrlicher Betriebe zu ermöglichen. So hofft man die Front der kämpfenden Arbeiter zu zersetzen und sie mit Hilfe des Militärstiefels brutal niederzutreten. Der Generalstab geht die gegenwärtige Verordnung noch nicht weit genug, weil das Ergebnis der „arbeitsdienstlichen" Erziehung noch kein unmittelbar brauchbares Werkzeug für die „nationale Befreiung" ist. In einer deutschnationalen Wahlversammlung in Köln am Dienstag, den 19. Juli 1932 sagte Hugenberg kurz und bündig: „Wir fordern die Arbeitsdienstpflicht als Uebergang zur allgemeinen Wehrpflicht." Aber die Zeit drängt, sie duldet keinen Aufschub mehr. Deshalb auch die Schusterei bei der Firma Papen, bis endlich das sehnsüchtig erwartete Neugeborene das eigenartige Licht der neupreußischen Umgebung erblickte. Der offizielle Zwang, wie ihn die Reichswehr wünscht, bleibt vorläufig im Hintergrund, „weil die Freiwilligkeit für die augenblicklichen Möglichkeiten und Bedürfnisse völlig ausreicht" wie Minister Schäffer in seiner Taufrede im Rundfunk der Welt zu wissen gab. Die mögliche neue finanzielle Belastung erscheint eben ausreichend zur Schaffung der neuen Organisation, deren Ausmaße die gewünschte ideelle Wirkung ausüben kann. Es sollen sogar Schwierigkeiten bestehen, die vorhandenen „Anwärter" unterzubringen. Brüning hat gute Vorarbeit geleistet, als die „Notverordnung" vom 6. Juni 1931 durch Erweiterung der Altersgrenze auf 21 Jahre neue Tausende von Jugendlichen aus der „Versicherung" herauswarf.

Kein Wunder, wenn nun der „freiwillige" Arbeitsdienst als die letzte Zufluchtsstätte halbverhungerter jugendlicher Proletarier erscheint. Dort werden sie nun nach allen Regeln der Kunst gedrillt, um ihnen den gewünschten Untertanenverstand beizubringen: In Köln hat bisher der „Stahlhelm" diese Aufgabe übernommen, wofür ihm Adenauer Räumlichkeiten in den Forts des alten Festungsgürtels zur Verfügung gestellt hat. Der diesjährige Haushaltetat sah auch für diesen Zweck Steuergroschen vor, trotzdem ließen es sich die Sozialdemokraten nicht nehmen, auch diesmal folgsam und treu mit den geschwollenen Köpfen zu schnappen. Man begnügt sich aber nicht nur mit dem „aktiven Dienst", sondern versucht durch verschiedene Mittel den erworbenen „Untermenschengeist" darüber hinaus zu erhalten. Bereits die oben erwähnte „Notverordnung" sah die Möglichkeit vor, Teile des „Verdienstes" nicht sofort auszuzahlen, vielmehr in „Sparkonten" anzulegen. „Der gutgeschriebene Betrag darf nur dazu dienen, innerhalb einer bestimmten Frist beim Erwerb einer Siedlerstelle oder bei der Einrichtung eines Eigenheimes Verwendung zu finden." So bekommen die „Arbeitsdienstwilligen" in der „Nazi-Stadt" Coburg in Sachsen vom „Nettoverdienst" von 10,25 RM. nur einen Betrag von 3,50 pro Woche ausgehändigt, der Rest von 6,75 RM. wird bei der Städt. Sparkasse deponiert. Auf selbst urbar gemachten Sumpf- und Oedlandflächen plant man dann die „Ausgedienten" in eigenen Siedlungen möglichst zusammenzuhalten, wozu die „Sparkonten" die finanzielle Grundlage bilden sollen. Wie sagte doch der christliche Gew.-Sekretär Joos im Westdeutschen Rundfunk: „Wir sind für die Entproletarisierung des Industriearbeiters und seine Ansiedlung. Aus diesen Menschen entsteht keine Gefahr für das Eigentum." Man gedenkt auch diese Absichten zu fördern durch Bildung „kameradschaftlicher Vereine", die besser geeignet erscheinen, als die ein bißchen „altmodisch und museumsreif" gewordenen Feuerwehr- und Kriegervereine.

Was Brüning begonnen, setzt Papen fort, nur mit dem Unterschied, daß die Krautjunker zu den Subventionen noch Kolonnen billiger „Arbeitsdienstwilliger" bekommen. Dann können sie wenigstens auf die Scharen polnischer Landarbeiter verzichten und haben die Möglichkeit, ihre „lieben deutschen Brüder" zu — schinden bis aufs Blut. „Deutsche, kauft deutsche Waren!" Der „freiwillige Arbeitsdienst" ist die ideale Einheitsfront aller guten Deutschen und gibt jedem etwas. Den Deutschnationalen „Kanonenfutter"; den „nationalen Sozialisten" Unterschlupf für ihre amtshungrigen Mitglieder; den Kapitalisten „Arbeitswillige"; dem Zentrum „christliche Volksgemeinschaft"; den „Völkerbefreiern" „Arbeitsbeschaffung" und der KPD die erneute Anwendung ihrer „berühmten Zellentaktik", deren Wirkung in den Gewerkschaften gerade in diesen Tagen mit abschreckender Deutlichkeit dem revolutionären Proletariat ins Bewußtsein treten muß.

Schon der Brauns-Ausschuß, der seinerzeit die Möglichkeiten zur „Arbeitsbeschaffung" für den Hausgebrauch der Bourgeoisie prüfte, sah die Hilfe der Gewerkschaften und Sozialdemokraten vor. Ihre Zuverlässigkeit hat sie neuerdings auf die Probe gestellt, und damit bewiesen, daß die Bourgeoisie die dem „freiwilligen Arbeitsdienst" zugedachte Aufgabe als „Streikbruchorganisation" ruhig vernachlässigen kann, um die „militärische Seite" kräftiger und nachdrücklicher unterstützen zu können. So wird der Weg geebnet zum planmäßigen Vorgehen gegen die am Boden liegende allzu vertrauensselige Arbeiterklasse, was nach erprobter Manier durch ein ekelhaftes „oppositionelles" Geschrei verwischt werden soll.

Der „freiwillige Arbeitsdienst" ist ein Pfahl im Leibe des Proletariats. Er wird zerbrechen an der wachsenden Einsicht und dem Willen der Arbeiterklasse, ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Der erschrockenen Bourgeoisie muß der tausendfältige Schrei in die Ohren gellen: „Ihr steht auf einem verlorenen Posten, genug euerer Manöver." Je entschlossener dieser Wille zur Tat wird, desto geringer werden unsere Opfer sein!

Bremen

„Marxistische" Berichterstattung von Rußlanddelegierten.

Kürzlich ist wieder eine Delegation aus Rußland zurückgekehrt. In einer Seeleute- und Hafenarbeiterversammlung gab ein Hafenarbeiter über seine Reise Bericht. Bevor sie an die russische Grenze kamen, sahen sie nur Untergang und Zerfall. Die Bauern laufen barfuß, sind verlumpt, verkommen und verelendet. Sobald sie russischen Boden betraten, wandelte sich sofort das Bild. Neben den verfallenen Hütten entstanden überall neue Dorf- und Stadtsiedlungen. Alle Menschen sind wohlgenährt, gutgekleidet und sehen frisch und arbeitsfreudig aus. Die Arbeiter regieren das Land und die Fabriken. In ähnlichem Sinne sprach ein zweiter Redner. Kein Wort, das über dies Niveau hinausging und auf die Klassenverhältnisse einging. In der Diskussion versuchte ein revolutionärer Genosse die Bedingungen der russischen Revolution, ihre Isolierung durch das Versagen der Weltrevolution, die Zwangsläufigkeit der Entwicklung in diesem Lande mit überwiegender Bauernbevölkerung, die von Lenin selbst zugegebene „Erzeugung des Kapitalismus im Massenmaßstab bei zersplitterter bäuerlicher Kleinproduktion" aufzuzeigen. Beschämend ist es für die Versammlungsleitung, die Referenten und den größten Teil der Versammlung, daß sie es wagten, unseren Genossen bezahltes Subjekt, Nazi, Syndikalist, Spitzel, Sozialdemokrat, Schwindler und ähnliches zu beschimpfen. Unser Genosse hat Jahre seines Lebens als Seemann und Hafenarbeiter gewirkt, hat während und seit der Revolution in der rev. Arbeiterbewegung gestanden. Wenn in dieser „revolutionären" Versammlung durch derartige Beschimpfungen solche Unkenntnis an den Tag gelegt wird, so ist es ein Beweis dafür, daß diese RGO-Revolutionäre noch nur kurzem sich sicherlich um ihren Gemüsegarten, nicht aber um die revolutionäre Arbeiterbewegung gekümmert haben. Nachdem man dem Diskussionsredner das Wort entzogen hatte, versuchte ein jüngerer Genosse grundsätzlich aufzuzeigen, daß nach dem Verschwinden der Großgrundbesitzer und Kapitalistenklasse in Rußland die Entwicklung zum Sozialismus geführt hat. Natürlich kann man das nur, wenn man die neu entstandenen Klassengruppierungen, die kapitalistischen Antreibermethoden leugnet. Auch die kapitalistische Entwicklung auf dem Lande, die mit Einführung der Kollektiven bekämpft werden sollte, kann man nicht bestreiten, wenn man die Gegensätze in den Kollektiven sowie zwischen den einzelnen Kollektiven sieht. Es fehlt nicht an russischen Theoretikern, die die Kollektive als private Aktiengesellschaften charakterisieren. Vor allem hat die durch den kollektiven Zusammenschluß der Bauern gesteigerte organisierte Macht der Bauern nicht ihre sozialistische Gesinnung verstärkt, sondern nur ihren Gegensatz zur Regierung vergrößert, so daß die Regierung sich erst neuerdings zu einem Rückzug entschließen mußte, und die Pflichtablieferung für Vieh und Getreide trotz angeblich gesteigerter Produktion bedeutend herabsetzte. Den Bauern ist der freie Handel wieder gestattet, was selbstverständlich die Steigerung der Preise für das Händlertum und die Bauern bedeutet.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: E. Hackbarth, Berlin-Lichtenberg. — Druck: Druckerei für Arbeiterliteratur Willy Izsdonat, Berlin O 17, Lange Str. 79.

13. Jahrg. Nr. 9 s

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum 7 8 7832.

Berlin, September 1932

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42 Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13

Bei Bezug unter Streifband für In- und Ausland 20 Pf. inkl. Porto. Erscheint vorläufig monatlich.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Die „Schreckensherrschaft der Erschreckenen

Der Rechtsboden! Die „Kölnische Zeitung" haben soviel geplaudert, gefabelt, gewimmert vom „Rechtsboden", so oft den „Rechtsboden" verloren, wiedergewonnen, den Rechtsboden durchlöchert, geflickt, von Berlin nach Frankfurt, von Frankfurt nach Berlin geschleudert, verengt, ausgedehnt, aus einem einfachen Boden in einen getäfelten Boden, aus einem getäfelten Boden in einen Doppelboden, — bekanntlich ein Hauptwerkzeug der schauspielernden Exkamotteurs — aus einem Doppelboden in eine bodenlose Falltüre verwandelt, daß der Rechtsboden sich für unsere Leser mit Recht schließlich in den Boden der „Kölnischen Zeitung" verwandelt hat. Der „Rechtsboden" bedeutet einfach, daß die Revolution ihren Boden nicht gewonnen und die alte Gesellschaft ihren Boden nicht verloren hat.

Wir haben es nie verheimlicht: **Unser Boden ist nicht der Rechtsboden, es ist der revolutionäre Boden.**

(Karl Marx, „Neue Rheinische Zeitung" 1848.)

Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir den Proleten empfehlen, das vorstehende Motto dieser Zeilen mit den „demokratischen Errungenschaften" und deren Prunkstück, der „demokratischen" Justiz, zu einem anschaulichen Vergleich heranzuziehen. Da wird es nicht schwerfallen, zu erkennen, daß dieser lehrreiche Vergleich eine Handhabe bietet, den heutigen „demokratischen Rechtsboden" aus dem parlamentarischen Zwielicht kleinbürgerlicher Vorstellungen ans helle Licht zu zerren.

Zunächst gilt zu beachten, daß jedem politischen Zustand wechselseitig die ökonomischen Verhältnisse zugrunde liegen. Die Richtigkeit der Feststellung, daß die Ausbeuterklasse den ferneren Bestand ihrer bankrotten Profitordnung nur dann verbürgt sieht, wenn Millionen Arbeiter in barbarischem Dreck und Grauen verkommen, bestätigt die weitere Tatsache, daß alle Mittel von den jeweiligen Regierungen angewandt werden müssen, um damit die Niederschlagung der unvermeidlich kommenden Hungerrevolten zu gewährleisten. Die Frage, aus welchen Parteien sich die Bourgeoisie ihre Wirtssekundäre Bedeutung; sie hat eine Frage der wirtschaftlichen und politischen Zweckmäßigkeit. Daraus folgt auch, daß die Ritter von Schlot und Halm es ablehnten, den aufgeblasenen „Obermenschen" um Hitler „die ganze Macht" auszuliefern. Just zur gleichen Zeit brachte das „Institut für Konjunkturforschung" in seinem Bericht eine Statistik über die augenblickliche Ausnutzung des Produktionsapparates, die so aussieht:

Von 100 Arbeitsplätzen sind heute noch besetzt:

In der Gesamtindustrie	42 Arbeitsplätze
In den Verbrauchsgüterindustrien	49 „
In der Textilindustrie	58 „
In der Industrie f. Hausrat u. Wohnbedarf	42 „
In den Industrien für „Kulturbedarf"	37 „
In der Nahrungsmittelindustrie	56 „
In der Genußmittelindustrie	62 „
In den Produktionsmittelindustrien	36 „
In der Großeisenindustrie	46 „
Im Maschinenbau	33 „
In der elektrotechnischen Industrie	41 „
Im Fahrzeugbau	32 „
In der Bauwirtschaft	21 „

Von 100 Arbeitsplätzen sind im Gesamtdurchschnitt der Industrie nur noch 42 Arbeitsplätze besetzt. Mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze verstauben und die Maschinen und Apparate, die vor diesen Arbeitsplätzen stehen, sind tote Materie, leblose Gestalten, Symbole des absterbenden Kapitalismus.

Dabei müssen wir noch berücksichtigen, daß zwar in einer ganzen Reihe von Abteilungen die Arbeiter ihren Platz einnehmen — aber für wie lange: Für 40 Stunden, für 32 Stunden, ja für 24 Stunden und noch weniger pro Woche. Berücksichtigen wir die „Arbeitszeitverkürzung", dann kommen wir

für die Gesamtindustrie auf eine Ausnutzung des Produktionsapparates von nur 36 Prozent, das sind wenig mehr als ein Drittel.

Zwei Drittel des Produktionsapparates tot und still — die Maschinen auf ihrem Platz sorgfältig verhüllt, um sie vor dem „Zahn der Zeit" zu schützen, oder auf Lager gestellt, eine neben die andere, dicht gedrängt, ihrer Funktionen beraubt.

Und die Ausfuhr? Rußland ist der letzte Abnehmer für das deutsche Kapital. Auch hierzu ein paar statistische Angaben:

85 Prozent alles Stabelsens, das im Mai exportiert wurde, ging nach der Sowjetunion.
88 Prozent aller Träger, die im Mai exportiert wurden, gingen nach der Sowjetunion.
93 Prozent aller Dünnbleche, die im Mai exportiert wurden, gingen nach der Sowjetunion.
97 Prozent aller Dickbleche, die im Mai exportiert wurden, gingen nach der Sowjetunion.

Das ist die „Wirtschaft"; wozu aber noch vermerkt werden muß, daß der Export in den letzten Monaten eine weitere sinkende Tendenz aufweist. Grund genug, daß die Bourgeoisie es ablehnt, die letzten Trümmer der Produktion durch Experimente profitunfähig zu machen.

Aber auch in politischer Hinsicht drohte in der Uebergabe „der ganzen Macht" an die Nazis ein Gefahrenherd, aus dem sehr bald sich die bedrohliche Situation ergeben mußte, daß die reaktionäre Fratze der Nazihorden große Teile der Arbeiterklasse in offene Kampfstellung gegen den Staatsapparat gedrängt hätte. Mit dem feinen Instinkt einer Parasitenklasse, die um ihr Schmarotzerdasein mit Zähnen und Klauen einen Kampf auf Leben und Tod bereit ist auszutragen, ließ die Bourgeoisie, da die „gewöhnlichen" Machtmittel ihr ungenügend erscheinen, durch ihren Reichspräsidenten den weißen Schrecken legalisieren; es wurden Zuchthaus- und Mordparagraphen erlassen und Standgerichte eingesetzt. Und es wurde sind wir bei der verlogenen Fragestellung der Sozialdemokratie und aller Demokraten angelangt, ob diese Terror-Gesetze im Einklang mit den „Verheißungen von Weimar" gebracht werden können. Wir schenken der Sozialdemokratie und der Regierung diesen Streit um des Kaisers Bart. Wir fragen jedoch die naiven Gewerkschaftsproleten, ob die von Ebert eingesetzten Standgerichte und die wie räudige Hunde von einer sadistischen Soldateska „auf der Flucht" erschossenen Proleten nicht „verfassungsrechtlich" ermordet wurden? Ebert hat diese Frage selbst mit dem klassischen Satz beantwortet: „Ich hasse die Revolution wie die Pest."

Keine Irreführung, wenn auch einige Todesurteile jetzt gegen das Mördergesindel erlassen wurden, deren Taten selbst von sogenannten unparteiischen Richtern als viehischer Mord bezeichnet wurden, so wird doch neben der Drohung gegen diese von der Papen-Regierung als „aufbauende Kräfte" bezeichneten Horden mit diesem Manöver bezweckt, **den Anschein vor der Arbeiterklasse zu erwecken, daß die Justiz unparteiisch sei.**

Die Schreckensherrschaft der Erschrockenen ist das Signal, das die Bourgeoisie mit ihren Henkern gewillt ist, allen Empörungen des Proletariats mit dem weißen Terror zu begegnen. Dabei mögen die Arbeiter beachten, daß sich die Regierung und die Justiz nebst der Offizierskamarilla von keinen „Beschlüssen" irgendwelcher demokratischer Spukgestalten vergangener Zeiten, die immer seltener im Reichstag und in den Landtagen ein

Die Nation in Uniform

Bisher waren wir gewohnt, die sich in Deutschland abspielenden innerpolitischen Ereignisse lediglich in bezug auf ihre innerdeutschen Auswirkungen zu betrachten. Die Stellungnahme und die Haltung des ausländischen Kapitals kam uns erst in zweiter Linie in Betracht. Wir berücksichtigen dabei in viel zu geringem Maß, daß die Politik des deutschen Kapitals im Innern im wesentlichen von ihren imperialistischen Notwendigkeiten diktiert war, und daß es über die auswärtige Politik den innerpolitischen Kampf nicht nur entfesselt, sondern bewußt zur Siedehitze getrieben hat.

Die pazifistische und halbpazifistische Ideologie der Nachkriegszeit war das Produkt der deutschen imperialistischen Ohnmacht, die soweit ging, daß der sicherlich jedes Antinationalismus unverdächtige Reichskanzler Cuno im Jahre 1922 dem französischen Kapital den Vorschlag machte, während eines Menschenalters auf eine Revision des Versailler Vertrages zu verzichten und als Sicherheit die Einführung der Volksabstimmung für die Entscheidung, ob Krieg oder Frieden, in die Verfassung anbot. Soweit war das deutsche Kapital durch die Inflation und die dadurch hervorgerufene Zahlungsunfähigkeit bezüglich der Reparationslasten zermürbt. Das Angebot war von Poincaré abgeschlagen. Der Ruhrkrieg folgte. Der deutsche Nationalismus gewann im Kampf gegen den Separatismus erneut an Boden. Die nationalsozialistische Bewegung kam in Gang. Er wuchs mit der hartnäckigen Verfolgung des Vernichtungswillens des von Poincaré geleiteten französischen Kapitals. Die Trennung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland war das Ziel; das, was Clemenceau im Jahre 1919 vergeblich von Lloyd George und Wilson verlangte, wollte das französische Kapital im Jahre 1923 erneut durchsetzen, um auf diese Weise dem deutschen Kapital den Odem, sein im Rheinland liegendes potentiel de guerie, auszublasen.

Dieser Plan scheiterte zum zweiten Mal an dem Widerstand des englischen und amerikanischen Kapitals, das auf keinen Fall die absolute Hegemonie des französischen Kapitals auf dem europäischen Kontinent dulden wollte. Durch die erneute amerikanische Intervention — in Gestalt des Dawesplanes als Abschluß — wurden dem deutschen Kapital die Wiederaufbaumöglichkeiten gewährt, nachdem es vorher den Hitlerschen Aufstand niedergeschlagen hatte. Der Bürgerbräuputsch am Ende der Inflation konnte gegenüber dem ausländischen Kapital nur ein Lufthieb sein, weil der gesamte deutsche Industrieapparat vollkommen verschleißt und die Rohstoffläger restlos geräumt waren. Das Deutschland der Inflation war waffenloser als das Deutschland des Waffenstillstandes. Sachwerte ohne Rohstoffe.

Das deutsche Kapital konnte sich dabei in dieser Situation nicht der Hitlerbewegung bedienen. Es mußte sie weitgehendst diminieren und auf Bayern lokalisieren. Der Dawesplan, die für den Aufbau notwendigen Milliarden zwangen das deutsche Kapital wieder zu einer pazifistischen Sprache. Es war aber

Gastspiel geben, wird abhalten lassen. Von einer solchen Regierung verlangt der „Vorwärts" „Umbau der Wirtschaft". **Das ist der Fusel, mit dem die Millionen der Verhungernden neben den Standgerichten der demokratischen Justiz und dem Abbau der „Sozialfürsorge" köderlich und geistig degeneriert als Kulturdünger in den klaffenden Riß der Geschichte hineinsinken sollen.**

Aber der sich verschärfende Hunger wird die Millionenarmee der Ueberflüssigen bald vor die Frage stellen, die heilige Scheu vor dem Privateigentum zu verlieren. Der Hunger wird sie mit den noch arbeitenden Klassengenossen zwingen, da zu nehmen und zu essen, wo der Ueberfluß in Haufen liegt. Und der gemeinsame Kampf wird auch die letzten Bollwerke dieser Geldsackordnung niederringen — und die proletarische Ordnung